INTERIM

auswärts 2,50 DM

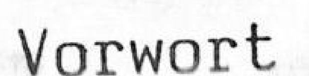
Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 187

2. April 1992



Vorwort

Leipzig-Antifa-Nachbereitung, RZ-Selbstauflösungsdiskussion, Kriegsdienstverweigerung ist diesmal die Schwerpunktauswahl aus den Zusendungen. Und weil wir nix anderes noch zusätzlich zusammengesucht haben, bleibts auch dabei.

Für die jetzt doch erfolgte Auflösung des Antirassistischen Zentrums in der TU gilt: Ahmet, Leyla, Anna und Arthur geben nicht auf.

Inhalt

Ordner

Egin: algerische Arbeitsemigranten besetzen Räume in baskischer Gemeinde u.a.
Anti-Rassismus-Büro Bremen: Presseerklärung zu Mißhandlungen von Flüchtlingen auf bremer Bullenwachen,
Reise- und Demobericht aus Prag;
Brief von einigen GenossInnen des Gefangenenkollektivs Wotta Sitta aus Rom;
Beitrag "Nie wieder Politik" von einem, der die Artikel "der Herren und Damen Autonomen" nicht versteht,und deshalb so richtig "abkotzt";
Aufruf zum Aufbau einer libertären internationalen Lebensschule und Gemeinschaft auf der iberischen Halbinsel;
Presseinformation des "Aktionsbüros gegen Daimler" zur Besetzung des geplanten Mercedes-Teststreckengeländes;
Christian Geissler liest im Clash;
Bolsevik Partizan zu 1. Mai, Kurdistan, Kommunistische Frauenbewegung;
Informationen aus Griechenland zu politischen Gefangenen (in Englisch und Griechisch).

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Presseerklärung

Pressekonferenz mit Flüchtlingen und UnterstützerInnen sowie TU-Vizepräsident Wolfgang Neef am Mittwoch, den 8.4.92 um 11:00 im AStA der TU, Marchstr. 6

Flüchtlinge beenden nach 5 1/2 Monaten die Besetzung der TU

Nach mehrtägigen Verhandlungen mit der Senatskanzlei, dem Innensenat und dem Landesamt für Soziales (LaSoz) haben 15 Flüchtlinge aus der TU auf der Basis von Einzelfallanträgen eine Aufenthaltsgestattung für Berlin erhalten; die Einzelfallanträge von 26 weiteren Flüchtlingen aus der TU wurden aufgrund willkürlicher und undurchsichtiger Kriterien vom Innensenat abgelehnt. Diese Flüchtlingen sollen jetzt vom Innensenat nach Brandenburg zwangsverteilt werden.

Der Beendigung der Besetzung und dem Stellen der Einzelfallanträge war eine lange Diskussion unter den Flüchtlingen und UnterstützerInnen über die weitere politische Perspektive dieser Besetzung vorausgegangen. Die Entscheidung, die Besetzung abzubrechen, wurde aufgrund der starren Haltung der rassistischen Betonfraktion im Berliner Senat und der politisch Verantwortlichen in dieser Stadt getroffen. Hinzu kam, daß humanitäre und liberale Organisationen und Institutionen, wie die ev. Kirche, Flüchtlingsrat und die AL, die zu Beginn der Besetzung eine Unterstützung der Forderungen der Flüchtlinge abgelehnt haben, seit Jahresbeginn 1992 aktiv die rassistische Politik des Senats unterstützt haben. Den Flüchtlingen und autonomen UnterstützerInnen war es in den 5 1/2 Monaten nicht möglich, die politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt so zu verändern, daß der Senat zu entscheidenden Veränderungen seiner rassistischen Politik gezwungen gewesen wäre.

Gegen die offene Eskalation der staatlichen Flüchtlingspolitik unter dem Motto "Erfassen - Selektieren - Internieren - Deportieren " sowie die Normalität der rassistischen Gewalt und deren breite Akzeptanz in der Bevölkerung, haben die Flüchtlinge und UnterstützerInnen 5 1/2 Monate lang kontinuierlich Öffentlichkeit hergestellt. Im Rahmen der Besetzung haben die Flüchtlinge bei Veranstaltungen, Demonstrationen, Pressekonferenzen und mehreren Besetzungen ihre politischen Forderungen und ihren Widerstand dargelegt und die politisch Verantwortlichen dazu gezwungen, Stellung zu beziehen.

Mit der Beendigung der Besetzung der TU hört der Kampf der Flüchtlinge und autonomen UnterstützerInnen gegen staatlichen Rassismus, gegen faschistischen Terror und rassistische Medienhetze nicht auf. Die autonomen UnterstützerInnen werden die Flüchtlinge weiterhin in ihrem Kampf um die Durchsetzung von der freien Wahl des Aufenthaltsortes und gegen Zangsverteilungen und Abschiebungen unterstützen.Nach wie vor finden täglich rassistische und faschistische Angriffe gegen Flüchtlinge und MigrantInnen statt, werden Flüchtlinge ermordet und von den rassistischen Schreibtischtätern durch Zwangsverteilungen in Heime und Sammellager unter größtenteils lebensbedrohlichen und menschenunwürdige Bedingungen zu leben.

Die Flüchtlinge in der TU haben immer wieder darauf hingewiesen, daß sie nur ein Bruchteil derer sind, die sich der rassistischen staatlichen Flüchtlingspolitik widersetzen. 50% - 70% aller Flüchtlinge wehren sich bundesweit gegen die Zwangsverteilungen. Viele Flüchtlinge organisieren sich gegen die rassistischen Angriffe und Morde.

Flüchtlingswiderstand , wie z.B. in den letzten Monaten in Norderstedt, Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Tübingen und Stuttgart, richtet sich gegen die rassistische Flüchtlingspoltik der BRD insgesamt, wie z.B. Zwangsverteilungen innerhalb der BRD, Abschiebungen von Flüchtlingen in Krisen- und Kriegsgebiete sowie Armut und Ausbeutung, Einrichtung von Massensammellagern, Verkürzung der Asylverfahren (neues Asylverfahrensgesetz) sowie menschenunwürdige Lebensbedingungen in Heimen und Sammellagern und gegen rassistische Sondergesetze für Flüchtlinge und MigrantInnen.

(Anhang: Chronik der Verhandlungen)

Stop der Zwangsverteilungen !
Freie Wahl des Aufenthaltsortes !
Stop der Abschiebungen !
Weg mit den rassistischen Sondergesetzen !
Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe !
Eigenständiges Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen !
Bleiberecht für Alle !
Den antifaschistischen und antirassistischen Widerstand organisieren !



Chronologie der Verhandlungen der Flüchtlinge und UnterstützerInnen aus der TU mit der Senatskanzlei, dem Innensenat und dem Landesamt für Soziales (LaSoz)

18.2.
70 Flüchtlingsfrauen, - kinder und Unterstützerinnen besetzen bei einer Frauen- und Lesbenaktion den Sicherheitstrakt des Roten Rathauses und fordern vom Senat, daß die Forderungen der Flüchtlinge aus der TU nach einem Aufenthaltsrecht in Berlin und einem Stop der Zwangsverteilungen endlich erfüllt werden müssen.

19.2.
Ein Gespräch zwischen VertreterInnen der Flüchtlinge und Diepgen, das aufgrund der Besetzung zustande kam, verläuft ergebnislos.

23.3.
Die Senatskanzlei vermittelt den Flüchtlingen telefonisch, daß sie auf der Basis von Einzelanträgen zur Umverteilung nach Berlin eine Möglichkeit für eine politische Lösung der TU-Besetzung sieht. Die Flüchtlinge lassen sich nach langen Diskussionen darauf ein, dieses Angebot zu überprüfen, da sie es als eine Möglichkeit sehen, die Besetzung doch noch mit einem kleinem materiellen Erfolg zu beenden.

25.3.
Erstes Verhandlungsgespräch zwischen Volker Kähne, Leiter der Senatskanzlei, VertreterInnen der Flüchtlinge und UnterstützerInnen. Kähne sichert den Flüchtlingen zu, daß ihre Einzelfallanträge unter humanitären Gesichtspunkten geprüft werden würden und daß die Senatskanzlei und der Regierende Bürgermeister an einer Lösung interessiert seien. Als Kriterien für eine Legalisierung in Berlin benennt Kähne "Verwandte in Berlin und medizinische Versorgung in Berlin, die in der ex-DDR nicht gewährleistet ist". Die Flüchtlinge bestehen darauf, daß zu den Kriterien auch die Erfahrung von Angriffen sowie die Angst vor Angriffen gehören muß. Die von Kähne gennanten Kriterien seien nicht ausreichend , da die Mehrheit der Flüchtlinge aus der TU in der ex-DDR angegriffen worden ist und daraufhin nach Berlin geflohen sind; einige Flüchtlinge wurden mehrfach angegriffen und sind verletzt worden. Andere Flüchtlinge, die z.B. in ihren Heimatländern gefoltert wurden, haben sich aus Angst vor Angriffen schon in Berlin gegen ihre Verteilung in die ex-DDR gewehrt. Kähne sagt, daß er über die Kriterien konkret nicht entscheiden könne, da die Anträge beim Innensenat entschieden würden, daß er sich aber beim Innensenat dafür einsetzen wolle, daß nicht die normalerweise üblichen bürokratischen Kriterien angelegt würden (nach diesen Kriterien werden seit Anfang 1992 alle Umverteilungsanträge nach Berlin von Flüchtlingen abgelehnt). Die Flüchtlinge betonen, daß es ihnen darum geht, daß alle Flüchtlinge aus der TU in Berlin bleiben können. Die Flüchtlinge und Kähne einigen sich darauf, daß die Flüchtlinge am nächsten Tag die Einzelfallanträge in der Senatskanzlei abgeben, daß Kähne die Anträge durchliest, sie dann an den Innensenat weitergibt, der Innensenat die Anträge mit der Entscheidung an Kähne zurückleitet und Kähne die Entscheidung den Flüchtlingen erläutert. Kähne versichert, daß er die gesamten Verhandlungen mit dem Innensenat abgesprochen hat.

27.3.
Die Flüchtlinge geben 35 Einzelfallanträge bei der Sentaskanzlei ab. Dabei wird ihnen gesagt, daß eine Entscheidung innerhalb einer Woche erfolgen würde. Im Laufe des Tages stellt sich heraus, daß im Innensenat nur Staatssekretär Jäger über die Verhandlungen und Zusagen informiert war. Die zuständigen Referatsleiter - Hampel und Voß - beginnen sofort damit, das Verfahren zu sabotieren und wollen nur zwei Flüchtlinge, die aus Hoyerswerda nach Berlin geflohen sind, in Berlin legalisieren. Die rassistische Betonfraktion im Innensenat bleibt weiterhin hart und ist offensichtlich nur daran interessiert die TU als kostenloses Zwischenlager in Berlin zu instrumentalisieren.

1.4.
Der Innensenat verkündet das offizielle Ergebnis der Prüfung der Einzelfallanträge: 15 Flüchtlinge, darunter 4 Kinder, werden in Berlin legalisiert; 26 Flüchtlinge sollen nach Brandenburg zwangsverteilt werden. Es ist weder den Flüchtlingen noch den UnterstützerInnen möglich, nachzuvollziehen, nach welchen Kriterien Flüchtlinge vom Innensenat legalisiert bzw. abgelehnt wurden. Der Innensenat hat sich bei seiner Entscheidung überhaupt nicht an die von Kähne zugesagten Kriterien gehalten. Kähne läßt sich am Telefon verleugnen, und seine persönlichen Referenten Sonntag und Woelki behaupten nur, daß die Senatskanzlei gegenüber dem Innensenat nicht weisungsbefugt sei.

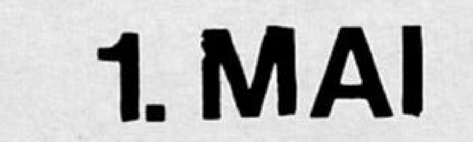
2.4.
Nach fast sechsmonatiger Funkstille und mehreren Anrufen der Unileitung, die die besetzten Räume zum Semesteranfang wieder benötigt, gleichzeitig aber eine menschenwürdige Unterbringung für die Flüchtlinge sichern will, erscheinen zwei Vertreter des Landesamt für Soziales (LaSoz) - Koussin und Schmidt - zu Verhandlungen über den Umzug der 26 Flüchtlinge nach Brandenburg.
Das LaSoz will die Gruppe für 6 Tage in einem Übergangsheim in Berlin unterbringen und sie dann geschlossen in ein Heim mitten im Wald am Rand eines kleineren Orts ohne S-Bahnanschluß nach Berlin in Brandenburg schicken. Zu diesem Zweck hatte das LaSoz für 2 Stunden nach dem Beginn der Verhandlungen Busse vor die TU bestellt, mit denen die Flüchtlinge sofort abtransportiert werden sollten.
Die Flüchtlinge bestehen darauf, daß sie sich die Heime in Brandenburg selbst aussuchen werden und erst dann in das Übergangsheim in Berlin gehen werden, wennn es dafür auch Zusagen gäbe. Nach mehrstündigen Diskussionen um diese selbstverständliche Forderung, in der sowohl die Flüchtlinge als auch anwesende UnterstützerInnen und ÜbersetzerInnen von den beiden Vertretern des LaSoz wiederholt beschimpft wurden, stellt sich dann heraus, daß das LaSoz für die sechs Tage im Übergangsheim den Flüchtlingen nur ein Bett und DM 5,- pro Tag ohne Essen und Sozialversicherung anbieten wollte. Koussin von LaSoz meinte zynisch, daß das Essen ja durch Spendengelder finanziert werden könne. Erst durch die Intervention des TU-Vizepräsidenten beim Staatssekretär des Sozialsenats wurde den Flüchtlingen der normale Sozialhilfesatz zugesichert.

3.4.
Die Gruppe der nicht legalisierten Flüchtlinge geht in das Übergangsheim in Berlin, wobei sie dort feststellen müssen, daß das LaSoz weitere Zusagen gebrochen hat.

Fazit: Auch wenn die Flüchtlinge und UnterstützerInnen es schon vorher klar hatten, daß es politisch sinnlos ist, mit rassistischen Schreibtischtätern zu verhandeln, war es trotzdem in der Realität oft noch heftiger als erwartet.

Tops: 1.Route
2.Fest
3.Sonstiges

2.Protokoll des Koordinierungstreffens für den 1.Mai



QUO VADIS?

1.:Wie im letzten Protokoll schon erwähnt, gab es zu der Demo-Route zwei Vorschläge.
1. nur im Kiez und 2. einen Schlenker in den Osten.
Die Argumente für den Schlenker in den Osten sind:
-den Menschen eine andere Widerstandskultur zeigen
-die Menschen brauchen gerade jetzt unsere Solidarität
-wichtige Objekte, wie die Treuhand
-der Kiez ist sowieso einbezogen
-der 1.Mai bedeudet viel mehr, als nur im Kiez zu demonstrieren

Für den Kiez wurden folgende Argumente vorgebracht:
-zur Zeit braucht die Linksradikale Szene eine große starke Demo, weil sie in einem Tief steckt
-Viele Menschen sind im Kiez von der Umstrukturierung btroffen
-im Kiez kann mensch auf die eigene und auf die Unterstützung der Bevölkerung zurückgreifen
-der Osten wäre, wie bei den letzte Demos nur künstlich einbezogen

Eine lange Diskussion über die beiden Positionen , wwobei versucht wurde einen Konsens zu finden, führte schließlich zur folgenden Demo-Route:

O-Platz, o.str., Manteuffel., Reichenberger., Kotti, Reichenberger, ritter, Prinzen., o.str., Koch., Wilhelm, Leipziger, Annen, Melchio, Nazaret-Kirchplatz,Leuschnerdamm, o-platz, o-str, Skalitzer, lauseplatz

2.:Das Fest soll auf Grund der Umstrukturierungspläne des Senats, zwecks Verlängerung des Stadtrings durch u.a. Kreuzberg (Oberbaumbrücke), in der Nähe der Oberbaumbrücke stattfinden. Aus gefahrentaktischen Gründen ist die Nähe zum Kiez bevorzugt worden. D.H. Schlesische und Skalitzer sollen die Feststraßen sein.

3.: **VOLLVERSAMMLUNG** am **FREITAG, 3.4.92** om **19.30 UHR**



1. MAI

Vorschlag:

Wir, mehrere Menschen aus verschiedenen Gruppen, schlagen für die 1. Mai- Demonstration dieses Jahr vor, einen konkreten Forderungskatalog aufzustellen und in der öffentlichkeit zu vertreten. Das klingt für viele sicherlich komisch, denn als es 1988 die erste "Revolutionäre 1.Mai-Demonstration" gab, fand sie ja gerade in Abgrenzung zu den reformistischen Veranstaltungen und ihren reduzierten Forderungen statt. Wir demonstrierten anders als die Gewerkschaften nicht für die 35-Stundenwoche oder mehr Lohn, sondern "for the whole fuckin bakery"- die ganze Bäckerei und nicht nur unseren Teil des Kuchens.
Warum also die Kehrtwendung? Wollen wir einen reformistischen Putsch gegen bewährte autonome Politik machen? Eine Demo unter sozialdemokratischen Parolen durchsetzen, sozusagen als außerparlamentarische AL?
Natürlich nicht; uns geht es um folgendes:

1) Eine Straßenschlacht an sich ist noch nicht revolutionär
Wir finden, daß die Begriffe "reformistisch" und "revolutionär" heute in der Diskussion falsch gebraucht werden, nämlich in der Gleichsetzung *radikaloppositionell= revolutionär*. In dieser Logik sind die besten Forderungen immer diejenigen, die am weitesten gehen, die am maximalistischsten gestellt sind. Nur sie sind vor dem Reformismus gefeit, und wenn`s bei einer Demo dann auch noch kracht, dann wird`s richtig revolutionär. Die Revolution wird damit zu einer Aneinanderreihung von ersten Mai`s.
Die Gleichung stimmt offensichtlich nicht: eine Politik, die sich prinzipiell oppositionell verhält und dies militant zum Ausdruck bringt, bleibt *-wenn nichts weiteres dazu kommt-* zwangsläufig in der Minderheit, mehr noch: in der Isolation. Eine marginale, winzig kleine Bewegung, die nichts dafür tut, viele Menschen zu organisieren, Kämpfe zu ermöglichen und die Gegenseite dabei in Widersprüche zu entwickeln, ist nicht minder reformistisch als die Sozialdemokratie oder der Landeselternverband.
Wer sich in der Marginalität und Isolierung einrichtet, wird auch mit den tollsten Forderungen nach "Selbstbestimmung/Abschaffung der Macht/ Sieg über Patriarchat und Kapital" noch nicht revolutionär. Eine solche Bewegung ist nicht mehr als der von SoziologInnen gerne untersuchte Stachel im System, der den gesellschaftlichen "Fortschritt" weitertreibt, das oppositionelle "Frühwarnsystem".

2.Revolution ist nur mit der Mehrheit der hier lebenden Menschen möglich

Eine Position ist unserer Meinung nach erst dann "revolutionär" oder umstürzlerisch, wenn es ihr gelingt, neue Leute für das Projekt einer befreiten Gesellschaft zu gewinnen. Unter "Selbstbestimmung", "Herrschaftslosigkeit" und "Kommunismus/Anarchie", können sich allerdings nur die wenigsten etwas vorstellen, und wenn, dann finden sie die Forderungen unsinnig, weil unrealistisch, utopisch und weit weg.
Unsere Idee ist jetzt nicht, das Ziel einer herrschaftslosen, kommunistischen/anarchistischen und nicht-mehr-patriarchalischen Gesellschaft aufzugeben, sondern:

a) Unsere Positionen wieder vielen verständlich zu machen; d.h eben nicht zum 100.Mal die Vorzüge des Kommunismus/der Anarchie anzupreisen (oder diese neue Gesellschaft im Detail zu beschreiben), sondern unsere Kritik an der bestehenden Gesellschaft in Form von durchaus realistischen Forderungen begreifbar zu machen

b) Mit der Durchsetzung von einzelnen Verbesserungen im bestehenden System unerträgliche Situationen zu beseitigen oder die Spielräume für weitergehende Kämpfe zu erweitern; das wären Maßnahmen, die z.B die Obdachlosigkeit beseitigen oder die sexuelle Gewalt gegen Frauen bekämpfen, bzw. die Umlegung der Sozialhilfekosten auf die Unternehmer und Schwächung des Repressionsapparates

c) Eine Vorstellung der sogenannten "Übergangsgesellschaften" zu entwickeln; d.h Konzepte für eine nachrevolutionäre Gesellschaft zu besitzen. Was passiert, wenn das Rathaus irgendwann einmal brennt, das Parlament verjagt und die Bullen besiegt sind? Denn das allein ist ja noch keine Umwandlung der Gesellschaft.

B) und c) sind weitergehende Diskussionen, die wir notwendig finden und führen, um die es uns hier aber nicht geht.
Unser unmittelbares Ziel ist es,
konkrete Forderungen zu formulieren, die vielen Menschen einleuchten, die sie selbst oft denken, die durchaus emanzipatorische sind, aber im Moment von keiner politischen Kraft sonst zum Ausdruck gebracht werden,
auch wenn ein solcher Forderungskatalog notwendigerweise zunächst einmal zu kurz, unumfassend und noch nicht "das Gelbe vom Ei" sein kann (ist).
Wir behaupten: ein Forderungskatalog, auch wenn er unvollständig ist, wäre ein erster Schritt,.um zu vermitteln, für was diese Linke, dieser "Chaotenhaufen" eigentlich steht, und damit politische Kämpfe den Leuten wieder näherzubringen.

3. Für die Bevölkerungsmehrheit muß wieder mehr vorstellbar sein als "8%-Lohnerhöhung"

Wir wollen keine Forderungen, wie sie Gewerkschaften und SPD vorbringen, und die an sich schon Kompromisse sind, weil sie sich sogenannten "Sachzwängen" prinzipiell immer unterwerfen. Unsere Forderungen sollten vielmehr, durchaus auf Veränderungen an zentralen Stellen abzielen und nicht nur unbedeutende Verbesserungen sein.
Auch wenn bei konkreten Forderungen manchmal schwer zu unterscheiden ist, ob sie für *reformistische* oder *revolutionäre* Politik stehen, besteht unserer Meinung nach der grundsätzliche Unterschied zwischen beiden darin, daß reformistische Politik sich der herrschenden Logik völlig unterwirft. Sie fordert nur das, was das bestehende System nicht grundlegend in Frage stellt. Sie versteht nicht als politischer Ausdruck des Widerspruchs, als eigenständiges Projekt, sondern ist der zur Institution gewordene Kompromiß. Bei der SPD heißt das "Volkspartei" sein, bei der PDS "sich den demokratischen Spielregeln anpassen".

Unsere Aufgabe ist es dagegen, nicht nur auf die Schwierigkeiten des Kapitals keine Rücksicht zu nehmen, sondern diese vor allem zu provozieren. Auch wir unterliegen dabei beim Formulieren

"realistischer" Forderungen in gewisser Hinsicht der herrschenden, d.h der kapitalistisch-patriarchalischen Logik, denn fast nur das, was dieser entspricht, wird von der Bevölkerungsmehrheit als "realistisch" empfunden.
Trotzdem gibt es Forderungen, die zumindest *systemunkonform* und dabei gleichzeitig "realistisch" sind. Wenn es uns gelingt sie zu formulieren und immer wieder einzuklagen, dann würde vielleicht auch wieder die gesellschaftliche Vorstellungskraft wachsen, daß mehr möglich als das, was die SPD anbietet.
Gerade jetzt, wo soziale Kämpfe eine Grundlage haben, weil überall entlassen, gekürzt und geraubt wird, müssen die Leute merken, daß ihre Forderungen berechtigt und auf keinen Fall "utopisch" sind, daß es möglich ist, gar keine Entlassungen zu fordern, Subventionserhöhungen, Mietsenkungen und Lehrstellen für alle, die sie wollen.-
Vor dem Hintergrund der Resignation und Ohnmacht weiter Bevölkerungsteile könnten unsere Forderungen von 10.-15.000 Menschen kämpferisch auf die Straße getragen, vielen Leuten das Gefühl geben, mit *ihren* Forderungen nicht allein zu sein und den Mut zu kämpfen, wiederzugewinnen.
Die Aufgabe der Linken ist ja nicht nur, selbst zu kämpfen, sondern vor allem auch, andere Kämpfe zu ermutigen und damit eine Dynamik auszulösen. Alles andere wäre sektiererisch. Befreiung ist das selbsttätige Aktivwerden der Menschen in ihrem Leben und (meistens) in Form von Konflikten/Kämpfen,- auch wenn die Forderungen dabei erst allmählich grundsätzlicher/radikaler werden.

Probleme:

Uns ist bewußt, daß viele weit verbreitete Forderungen keineswegs emanzipatorisch sind, und es deswegen natürlich nicht darum geht, alles aufzugreifen, was die Mehrheit denkt und fordert.

Zum anderen wissen wir auch, daß von uns formulierte Forderungen nur dann Sinn machen, wenn sie von relativ vielen und kontinuierlich mitgetragen werden. Ein einmaliges Statement zum ersten Mai, um danach wieder im Ghetto Politik zu machen, können wir uns sparen. Das Aufstellen von Forderungen muß über den Tag hinausreichen. Als "konsequente Linke" (d.h eine, die die revolutionäre Perspektive nicht aufgibt) müssen wir grundsätzlich über programmatische Punkte reden, solche festhalten und uns wieder im Tagesgeschehen einmischen- nicht als parlamentarische Kraft, in Form von schalen Kommuniques oder auf dem Weg der Institutionen; das interessiert uns zu recht nicht und ist auch der Grund warum wir eben keine Grünen oder RL sind. Trotzdem: wir müssen mit verständlicherem und naheliegenderem zu hören sein als mit Allgemeinposten wie "Für Selbstbestimmung/ gegen Herrschaft/ für eine Gesellschaft ohne Knäste".

FORDERUNGSKATALOG

Bevor es nun Widerspruch hagelt: uns ist völlig klar, daß dieser Vorschlag unvollständig und nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Es ist ein vorläufiges Arbeitsergebnis, das wir zur Diskussion stellen wollen, um eine überhaupt einmal eine konkrete Diskussionsgrundlage zu haben. Daß diese Grundlage nicht mehr sein kann als ein Anfang ist uns bewußt, und genau darauf setzen wir: auf eine Auseinandersetzung, die sich vom 1.Mai löst.

Zu bedenken ist außerdem bei einer Kritik, daß unsere Forderungen ganz bewußt nicht maximalistisch sein sollen. "Realismus" in einer nicht befreiten Gesellschaft bedeutet aber -wie oben schon gesagt-, sich der vorherrschenden Logik nicht völlig entziehen zu können. Daraus ergibt sich die Schwierigkeit konkreter Forderungen- der Grat zwischen Modernisierung der bestehenden Gesellschaft und konsequenter Marginalität ist schmal.

Die Unvollständigkeit der Forderungen erklärt sich zudem daraus, daß wir eine Auswahl treffen mußten. Wir wollten eine überschaubare Anzahl von relativ einheitlichen Forderungen, die prägnant zu vertreten sind...

I.Miete

Mit der Umwandlung der Innenstadtbereiche, wird Berlin langsam aber sicher unbewohnbarer für EmpfängerInnen eines unteren Einkommens. Jetzt, wo die Stadt wieder eine Weltmetropole werden soll, müssen die Ärmeren in die bestehenden und noch zu bauenden Betonsiedlungen außerhalb in Marzahn, Hennigsdorf, Hönow, Hellersdorf, Lichtenrade, Märkisches Viertel usw verdrängt werden. Die Ärmeren sollen für das "Hauptstadtprojekt" mit dem Verlust ihres Lebensraumes und weniger Lebensqualität bezahlen.
Wir fordern deshalb:

- **Wohnungsmieten nicht über 3DM der Quadratmeter**
Wohnraumspekulation und das heißt die Not von Zehntausenden, ist eines der ertragreichsten Geschäfte heute in der BRD. Wir aber sehen nicht ein, woher das Recht einiger weniger abgeleitet wird, mit dem Elend anderer Profite zu machen. *Wohnraum darf keine Ware sein!*

- **Vetorecht der MieterInnen ohne Einschränkungen bei Sanierungen:**
bis heute können MieterInnen zwar Einspruch erheben bei Sanierungen, aber im Endeffekt kann der Vermieter (luxus)sanieren wie er will, solange er nur auf Formsachen acht gibt. Auch hier steht das Recht des Profiteurs über dem der Betroffenen. Wir aber finden, daß es Entscheidung der MieterInnen sein muß, ob und wie das Haus, das sie bewohnen, saniert wird.

- **Kündigungsschutz und Mietpreisbindung auch für Gewerbemieten:**
wir wollen keine Straßenzüge voll mit Supermärkten, Spielhallen und Sexshops. Ohne Kündigungsschutz und Mietpreisbindung aber hat der Kleinhandel keine Chance zu überleben, und wird von genau solchen Geschäften verdrängt. Schon heute zahlen KleinhändlerInnen Tausend und Zehntausende an Bestechungsgeldern nur um ihre Mietverträge verlängert zu bekommen.

II. Gegen das Patriarchat

Seit dem Verschwinden der DDR haben sich die Lebensbedingungen für zahlreiche Frauen in der ehemaligen DDR immens verschlechtert. Sexistische Gewalt ist weit davon entfernt abzunehmen; die Vermarktung von Frauenkörpern, die Unterdrückung in den Familien und am Arbeitsplatz besteht unverändert weiter. Dahinter steht ein gesellschaftliches System, das Frauen



unterdrückt, und das grundsätlich bekämpft werden muß. Aber es gibt auch konkrete Forderungen für den Augenblick.

- Keine weitere Zerstörung von Arbeitsplätzen von Frauen in der ehemaligen DDR
Sofortiger und totaler Stopp der von der Treuhand forcierten Entlassungswelle, die vor allem Frauen betrifft. Wiedereinstellung der entlassenen Frauen. Zurück zu einer Beschäftigungsquote wie in der DDR, die den meisten Frauen zumindest eine finanzielle Unabhängigkeit garantiert hat.

- Mehr Gelder für Frauen- und Mädchenhäuser
Zurücknahme der Subventionskürzungen und Ausbau der Subventionen für selbstverwaltete Frauen- und Mädchenhäusern. Hunderttausende von Mädchen und Frauen werden sexuelle mißbraucht und mißhandelt, dagegen gibt es nur ein paar Dutzend Stellen in Selbsthilfeprojekten, wo sich Opfer hinflüchten könnten. Wir brauchen viel mehr Frauen- und Mädchenhäuser

- Senatsfinanzierte Selbstverteidigungskurse für Frauen
Frauen müssen ständig mit der Angst vor sexistischer Gewalt, vor Anmache und Vergewaltigungen leben. Dagegen helfen nicht mehr Polizisten (auch meistens Männer) sondern mehr Selbstschutz der Frauen

- Ersatzlose Streichung des §218
Die Entscheidung über Abtreibung oder nicht ist Sache der betroffenen Frau

- Für eine von Selbsthilfegruppen gemachte und staatlich finanzierte Aufklärungskampagne über Gewalt gegen Frauen und Kinder
Natürlich würde auch eine Aufklärungskampagne nicht Schluß machen mit Kinderpornographie, Mißbrauch, Mißhandlungen und Vergewaltigungen. Aber sie könnte das Thema, über das immer noch in den meisten Fällen geschwiegen wird, auf die Tagesordnung bringen. Nur so würde sich die Gesellschaft endlich gezwungen sehen, die tagtägliche Gewalt in den Familien zu erkennen und zu bekämpfen.

- Ausbau eines engen KITA und KILA-Netzes
Es fehlen Tausende von Kindertagesstätten- und Kinderladenplätze, der Senat aber kürzt munter weiter. Wir fordern mehr Knete für selbstverwaltete Kinderläden und ein enges Kita-Netz mit ebenso vielen Plätzen wie in der ehemaligen DDR

III. Entlohnte Arbeit

Seit Mitte der 70er und seit der Kohlschen Wende 82 noch einmal verstärkt haben sich die Arbeitsbedingungen und rechtlichen Grundlagen in vielen Branchen deutlich verschlechtert. Während die Unternehmergewinne in den 80er Jahren explodiert sind, sollen die ArbeiterInnen "sparsamer sein". Flexible Arbeitszeiten, Nachtarbeit und längere öffnungszeiten im Handel werden zwar etwas besser vergütet, aber sie gehen in den meisten Fällen auf Kosten der Gesundheit und der Lebensqualität. Rationalisierung, Umstrukturierung/Sanierung, d.h Entlassungen und Arbeitslosigkeit werden als unvermeidbar dargestellt, egal ob im Westen oder Osten. Wir brauchen auf die Vorstellungen der BRD-Regierung nicht eingehen:

- Sofortiger Stopp aller Entlassungen in der Ex-DDR

- Auflösung der Treuhand und Überführung der Betriebe in Belegschaftsbesitz
Die Treuhand zieht in den letzten Monaten erbarmungslos ihre Sanierungen durch, die sich fast immer ausschließlich an den Interessen der UnternehmerInnen orientieren. Es steht außer Frage, daß die meisten betriebe in der Ex-DDR saniert werden müssen, dann aber nach Interessen der dort Arbeitenden. Deswegen: Sanierungen nur noch unter Kontrolle der ArbeiterInnen

Existenzgeld für alle in Deutschland lebenden Menschen auf Kosten der Unternehmer
Vrantwortlich für die gigantische Arbeitslosigkeit sind die Unternehmen, die meinen ihre Profite maximieren zu müssen; wenn sie das glauben, dann sollen sie auch für die kosten aufkommen, und sie nicht auf die Allgemeinheit abwälzen. Sozialhilfe oder Existenzgeld muß von den Unternehmen allein bezahlt werden, die für die Situation verantwortlich sind

IV.Gegen den Anschluß

-Für die Annullierung der Vereinigungsverträge
Seit dem 3.Oktober 1990 wird ein Land in Besitz genommen und vereinnahmt. Über politische und soziale Veränderungen entscheidet ausschließlich Bonn, Fabriken werden von Westlern übernommen, Theater und Kitas geschlossen und Häuser "an ihre ursprünglichen Besitzer" zurückgegeben, die BewohnerInnen fliegen auf die
Straße. In der DDR abgelegte Prüfungen werden z.T nicht anerkannt, andere Menschen erhalten wegen ihrer Parteizugehörigkeit Berufsverbot. Alle können es sehen: die Vereinigungsverträge sind Annektionsverträge.

- Die Westgeheimdienste genauso behandeln wie die Stasi !
Offenlegung der Verfassungsschutz-, Staatsschutz-, BND- und MAD-Akten; Auflösung der westdeutschen Geheimdienste:
Auch die BRD war und ist ein Schnüffelstaat. Was für die Stasi gilt, muß auch für die westlichen Geheimdienste gelten: auflösen und offenlegen

V.Flüchtlinge

Verantwortlich für die Flucht Hunderttausender von Menschen nach Mitteleuropa ist die Elendssituation in der sog. 3.Welt, die eine Folge von 5 Jahrhunderten ausbeuterischer Kolonialpolitik u.a durch Deutschland ist. Deutschland besaß zwar nur kurze Zeit einige Kolonien, aber war dafür im Hintergrund als Geldgeber und Gläubiger anderer Kolonialmächte, vor allem Spaniens maßgeblich an der Ausplünderung beteiligt. Auch heute mischt das deutsche Kapital intensiv überall in der Welt mit.

Nachdem nun durch ökologische Zerstörung, Enteignung von KleinbäuerInnen zugunsten von für den europäischen Markt (billig) produzierenden Großunternehmen und neoliberalen IWF-Maßnahmen

viele Hundert Mio Menschen in ihren Heimatländern nicht mehr überleben können, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn ein Bruchteil dieser Menschen heute zu uns kommt. Statt Einwanderungsbeschränkungen fordern wir:

- Bleiberecht für alle Flüchtlinge
Bleiberecht, egal aus welchen Motiven die Betroffenen aus ihren Ländern fliehen mußten.

- Menschenwürdige Unterbringung für Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen

- Aufhebung jeder Sondergesetzgebung für AusländerInnen:
AusländerInnen können ausgewiesen werden, weil sie Sozialhilfe benötigen, dürfen sich nicht politisch betätigen, können sich als AsylbewerberInnen nicht frei bewegen, werden interniert, schikaniert und haben Zuzugstopp für bestimmte Stadtteile. Eine nicht-fremdenfeindliche Gesellschaft braucht vor allem erst einmal eine nicht-fremdenfeindliche Gesetzgebung

Die dafür notwendigen Gelder sind als erste Entschädigung für 500 Jahre kolonialer Auspressung zu betrachten.

VI. Gegen das deutsche Europa

Das wiedervereinte Deutschland fordert "Mitsprache" ein und in der Öffentlichkeit wird wieder davon geredet, daß Deutschland "seine weltpolitische Rolle annehmen muß". Soll heißen: noch offener und aggressiver sollen wir **Waffen an befreundete Regimes** verteilen, Geheimdienste **einsetzen** und **mißliebige Regierungen** bekämpfen.
Eine imperiale Großmachtrolle, die sich zwangsläufig auf die Aufrechterhaltung des Wohlstandgefälles stützt (und dieses weiter ausbaut), aber lehnen wir ab. Genauso die Bevormundung anderer Länder durch politischen, ökonomischen oder militärischen Druck. Wir verlangen deshalb:

- Keine deutsche Beteiligung an den UN-Blauhelmen:
Eine solche Beteiligung wäre nur der erste Schritt zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland.

- Einstellung aller Polizei- und Militärhilfe für ausländische Regierungen

VII.Ausbildung, Schulen und Unis

Besorgt reden PolitikerInnen und Medien davon, daß die Gewalt und der Drogenkonsum unter Jugendlichen zunimmt. Aber über die Ursachen sagen nichts: über den Notenstreß ab 9 oder 10 Jahren an den Schulen, über Konkurrenz und miese Aussichten, über die Unmöglichkeit Lehrstellen zu bekommen, über die Aussortierung von "Besseren" in Gymnasien und "schlechteren" in Hauptschulen.
Um was es uns geht :

- Ausbildungsstellen für alle in dem Beruf, in dem sie lernen wollen:
Lebensqualität ist vor allem, sich entfalten können, das zu lernen und zu arbeiten, was einen interessiert; alle haben ein Recht auf anständig bezahlte Lehrstellen ihrer Wahl, d.h auch Verdoppelung der Lehrlingsgehälter

- Abschaffung der Noten und **Studieren auch ohne Abitur**
In Wirklichkeit dienen die Noten und die Auswahl der "Besseren" ja nicht dazu, Fähigkeiten zu entdecken und zu bewerten, sondern dazu, den Konkurrenzkampf anzutrainieren; in den Schulen werden die Kinder und Jugendlichen dazu abgerichtet, die anderen als Gegner zu sehen. Es ist eine Ausbildung, die mit ihren Interessen und Bedürfnissen nichts zu tun hat. Es ist eine Ausbildung gegen die eigenen Wünsche und Vorstellungen

VIII. Gesundheit

An nichts zeigt sich das bestehende System so klar wie im Gesundheitsweisen: Menschen sind Objekte, die abgefertigt werden, was zählt ist die Einsparung von Arbeitskraft und der Gewinn der Pharmaindustrie. Schuld daran sind nicht die Ärzte als solche, schon gar nicht die einzelnen, sondern das Gesundheitswesen:

- Für das kostenlose, staatliche finanzierte und allgemeine Gesundheitswesen
Wir sind für das Verbot von Privatkrankenkassen, das kostenlose, staatlich unterhaltene Gesundheitswesen, bei dem die Reicheren nicht bevorteilt werden, die Festsetzung der Medikamentenpreisen sowie die Einrichtung -so weit wie möglich- von kleineren und überschaubareren Krankenhäusern und Polikliniken

- FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG UND BERND RÖSSNER



● Fahrbahnen mit Drahtseilen blockiert

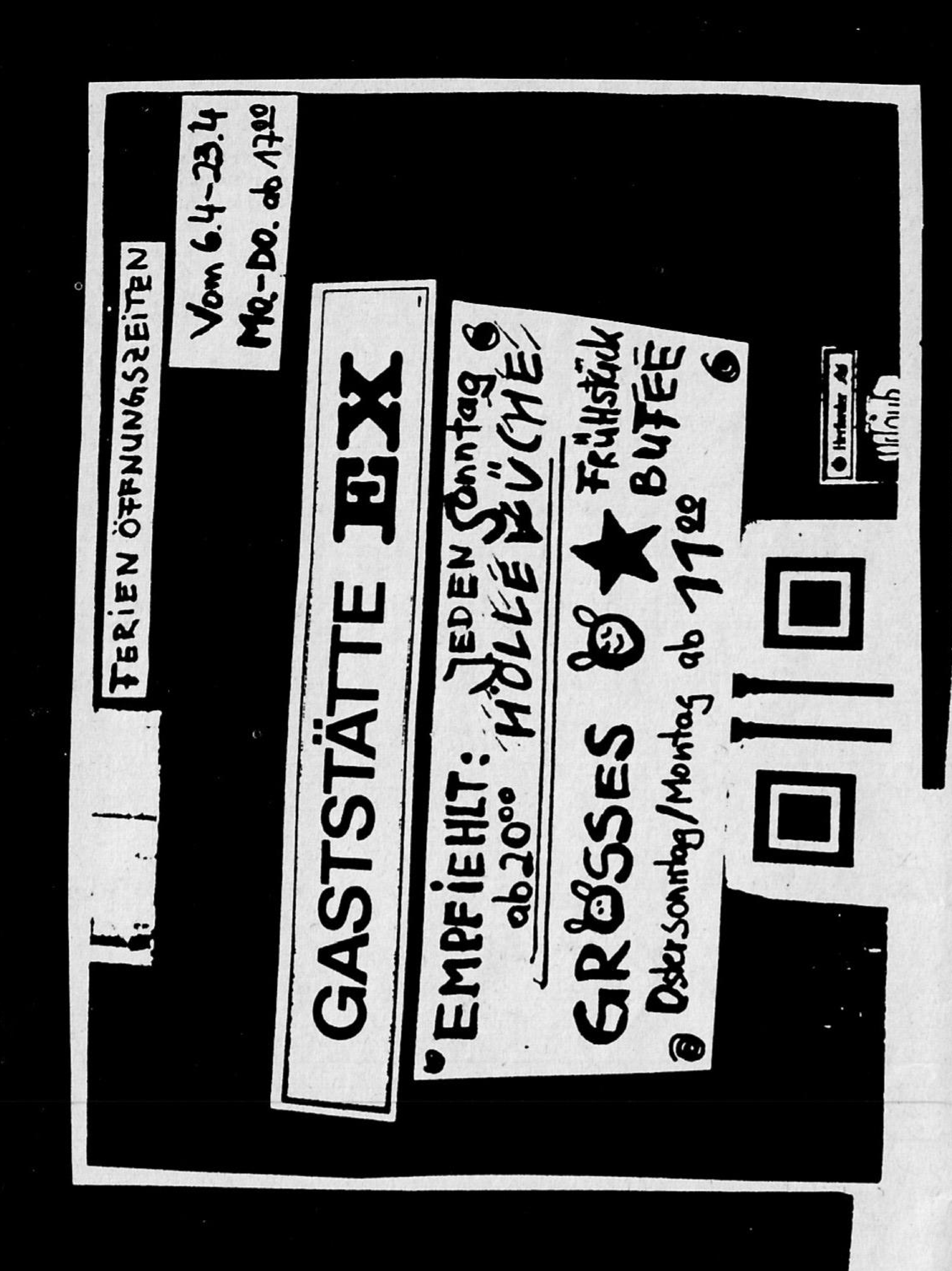
Unbekannte Täter – vermutlich aus der Hausbesetzer-Szene – haben gestern gegen 16 Uhr über die Fahrbahnen an drei Kreuzungen in Charlottenburg Drahtseile mit Transparenten gespannt und so den Verkehr kurzzeitig lahmgelegt. An den Kreuzungen Kant- und Bleibtreustraße, Lietzenburger und Meinekestraße sowie Kürfürstendamm und Meinekestraße befestigten sie die Seile mit Vorhängeschlössern an Ampeln. Die Polizei räumte die Hindernisse weg. *lpn*

■ PROTEST Unbekannte spannten gegen 16 Uhr Transparente an Drahtseilen in 1.50 Meter Höhe über die Kantstraße, Lietzenburger Straße und Kudamm. Aufschrift: „Hände weg von den besetzten Häusern in der Marchstraße." Die Polizei entfernte die Sperre.

BZ 27.3

FREUNDINNEN ALLER BESETZTEN HÄUSER

GRUPPE ARSCLECKEN



(..das schöne Bild war zum Drucken leider viel zu dubnkel..)

Protestaktion von Dresdner Antifaschisten

Dresden. ADN
Aus Protest gegen eine von der Stadtverwaltung für morgen genehmigte Neonazi-Kundgebung sind gestern etwa 20 zumeist junge Antifaschisten in das Dresdner Rathaus eingedrungen. Sie hielten mehrere Stunden die Etage des Oberbürgermeisters besetzt und diskutierten mit Stadtverordneten. 3.4.

TROUBLE i n der Brunnenstraße 6/7

vergangene woche schmissen unbekannte,vermutlich rechte die scheibe des ladens "club anstoß"ein,wasein mittelgroßes loch verursachte.In dem laden treffen sich diverse politische gruppen wie z.b.die antifaschistische fußball-fan-ini (affi),eine Kurdistan -gruppe,anti-olympia-kamitee, kiez-inis und andere.

Am letzten sonntag nun beschimpfen ein paar rechte Hools leute von uns und versuchten,ein ST.Pauli-aufkleber,der am laden hing abzureißen.natürlich konnte das nicht zugelassen werden,so daß es im verlauf der dann folgenden auseinandersetzung auch zu einer kleinen Prügelei kam! o.k. dies zur information.

schließen wir uns zusammen
kein fußbreit den neo-nazis,den rechten hools
den faschisten und allen anderen
vollidioten!!!!!!!!!!!

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 18. APRIL !

Alles redet vom "braunen Ring" um Berlin, doch wir sind auch noch da und werden immer mehr! Brandenburgs besetzte Häuser in Falkensee, Frankfurt, Strausberg und Potsdam rufen auf, als Beginn unserer Aktionswoche, zur

ANTIRASSISTISCHEN UND ANTIFASCHISTISCHEN

DEMO

AM 18.4. IN STRAUSBERG

Die Demo liegt gerade zwei Tage vor dem 20. April, wenn die Faschos wieder einmal ihren bekackten Führer feiern wollen. Ihr "Feiern" heißt: Angriffe auf unsere Häuser, auf linke Zentren, auf Flüchtlingsheime und alle, die "undeutsch" aussehen.

Gegen diese ständige Bedrohung helfen uns keine Bullen, auch keine Sozialarbeiter, die mit den Faschos Bruderschaft trinken. Gegen die Faschos hilft nur die antifaschistische Selbsthilfe! Nehmen wir uns die Straße, am 18. April und immer!

Wir brauchen Zentren und Treffpunkte in jeder Stadt, um selbstbestimmt leben zu können! Ohne Druck auf die lahmarschigen Stadtverwaltungen und Bürokraten passiert nix. Den ständigen Kleinkrieg mit ihnen, ihr ständiges Hinhalten, macht uns doll böse. Nehmen wir uns, was wir brauchen! Jetzt und überall!

Wir treffen uns alle, mit Tuten und Trompeten, Transparenten und den "guten alten Winkelementen" um 14.00 Uhr am S-Bahnhof Strausberg-Stadt.

v.i.S.d.P.: Klaus Bernstein, Strausberg

HALLO JUNGS,

April, April, ein Zug steht still...

Wir haben gestern, den 1.April, mit den Mitteln der Sabotage versucht, die Eisenbahnstrecke zwischen Berlin- Magdeburg lahmzulegen. Unsere Aktion zielte auf einen sanften Zwangsstop eines mit Rekruten besetzten, Zuges ab !

Bei der Aktion bestand unsererseits zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung von Menschenleben !

In diesem Zug befanden sich neue Rekruten, welche durch die Kreiswehrersatzämter alle drei Monate"in Marsch gesetzt" werden. Während es vor einem Jahr in Berlin noch üblich war, daß die Reichsbahn zur Rekruteneinziehung Sonderzüge einsetzte, werden dort jetzt die jungen zwangsrekrutierten Männer dem "zivilen" Personenverkehr beigemischt. (Ist das die Reaktion auf Blockadeversuche von AntimilitaristInnen und Totalverweigerern, um diese Aktionen zu verhindern ?)

REKRUTENZÜGE STOPPEN!

Rekrutenzugblockade 1.Okt. Berlin

"Reise"ziel der jungen Rekruten sind Kasernen. In diesen Männerzuchtanstalten werden "vorgesetzte" Männer versuchen, den Rekruten den "letzten Schliff" zum soldatischen Mann beizubringen.



uniformierte Männer saufen für die deutsche Einheit

Bei der bisherigen Militarismuskritik und allgemeinen Analysen linker Männer vermissen wir zunehmend die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Dimension patriarchaler Zurichtung weißer Männer zu sexistischen und rassitischen Kriegern und Tätern.

Zugerichtet wird gegen alles, was gemäß patriarchaler Logik als "unmännlich", "weiblich", "nicht zivilisiert", und somit "naturhaft" definiert wird. Natürlich setzen die Zurichtung und die Brutalisierung der jungen Männer nicht erst mit dem Eintritt in die Kaserne ein, sondern sind bereits fester Bestandteil der Erziehung seit unserer Geburt. Auf die Vorarbeit durch Familie, Schule, Lehre und Gesellschafft überhaupt kann sich das Militär hervorragend beziehen.

Doch erst der staatlicherseits organisierte "letzte Schliff" in der "Schule der Nation" markiert den Höhepunkt im Leben und Werden eines Mannes. Die Übergabe der Waffe als patriarchaler Kultgegenstand wird zum letzten Einführungsritus in der Hierarchie der Männerwelt.

Derart ausgebildet zu Spezialisten der Gewalt werden die Männer in Gestalt der Reservisten auf die Gesellschaft losgelassen.

Als vor ca. 200 Jahren die noch nicht verblichenen Knochen Fritz des "Großen" diesen noch auf Sanssouci(sorgenfrei) umhertrugen, wurde die Armee als komprimierter Höhepunkt der Manneszucht zum festen Bestandteil staatlicher Praxis. Fritz ließ das stehende Heer (=Herr?) in Preußen einführen, welches zum Vorbild vieler Armeen der Welt wurde. Das Werberunwesen, Männer mit Prügel, Erpressung und Tricks für die Armeen auszuheben und einzutreiben, wurde durch den staatlich garantierten Zugriff auf jeden Mann abgelößt. Der Staat wurde mit Besitzvollmachten über alle im Geltungsbereich seiner Gesetze lebenden Männer ausgestattet. Die in die Maschine Heer getriebenen Bauern wurden zu willenlosen gefügigen Räder trainiert, welche sich im verläßlichen Gleichschritt wie ein Körper zu bewegen hatten.



Rekrutenzugblockade Berlin Hbf 1.Juli 91

Der Offizier schlägt "fuchtelt", den Korporal mit der flache



Degenklinge. Unter den Armen des Erniedrigten der Prügel-stock für untergeben Soldaten

Das Prinzip von Befehl und Gehorsam wurde den Männern sprichwörtlich eingeprügelt und schuf die Voraussetzung, daß jene willen- und bedingungslos für ihre "Vorgesetzten" marschierten, töteten und bereit waren für das "Vaterland" zu sterben. Die Grausamkeiten, welche den Leistungs- und Befehlsverweigerern, den tausendfachen Deserteuren und sich selbst verstümmelnden Männer durch "vorgesetzte" Männer zugefügt wurden , drückten sich besonders in den historischen Beschreibungen des Spießrutenlaufens aus. 200 spalierstehende zu Soldaten gepresste Männer, denen es in der Gewalttätigkeit der Dressur nicht besser erging, wurden von "Vorgesetzten" gezwungen, mit Haselruten auf ihre Leidensgenossen einzudreschen. Die hinter ihnen stehenden "vorgesetzten" Männer überwachten den Spalierlauf und schlugen ihrerseits auf nicht oder nicht fest schlagende Männer ein oder diese wurden ebenfalls durch das Spalier getrieben. Der Spießrutenlauf war ein wichtiger Faktor der Zurichtung dafür, daß der Mann als "Kamerad" andere Männer und Freunde selber zu kontrollieren begann. Die Angst vor Kollektivbestrafung (Ausgehverbot, Strafdienst, Prügel, Erschießung...) bei Desertionsversuchen, Ungehorsam etc. einzelner Männer scheint eine Ursache für die bis heute fortdauernde Kontrolle unter Männern zu sein. Unsere Skepsis gegenüber "Kumpel und Kameraden" als scheinbaren Freunden begründet sich auf dieser verinnerlichten Zurichtung.
Da es dem Diener mit seinem Anschlag (mit vergifteter Schokolade) ebensowenig vergönnt war, seinen Herrn vorzeitig zu seinen Windhunden ins Jenseits zu schicken, wie dem Soldaten, der Fritz mit seinem Gewehrschuß leider verfehlte, steht Fritz als Symbol für Preußens "Glanz und Gloria", mit dessen Folgen und Strukturen wir heute konfrontiert sind.

NS-Propagandapostkarte 1933

Die Folgen der Zurichtung betreffen alle Männer.
Bei den sogenannten Faschisten und Neonazis, als offene Sympathisanten mit Herrschaftsideologie, wird dies am deutlichsten. So orientieren sich jene Männer an den mit Preußen verbundenen Werten.
Anläßlich der Ermordung des "Nazi-"schlägers Rainer Sonntag aus Dresden, der in seiner Eigenschaft als Schutzgeldeintreiber von zwei Zuhältern über den Haufen geschossen wurde, lobte ihn sein Kamerad Heinz Reizs auf einer "Trauerrede" mit den Worten: "Sonntag ist wie ein Soldat gestorben". Dieser Satz soll für die "Kameraden" jeden Zweifel an der Person Sonntags verwischen, nach dem Motto: Der Mann, der als Soldat stirbt, kann nur ein Held sein, da das Schlachtfeld ihn bereits adelte. Diese "Ehre" eines Heldentodes, der da von Reisz bejubelt wird, ist der Dienst am Vaterland. Dieser Schwachsinn des Heldentodes der Männer ist nicht eine Erfindung der Nazis, sondern steht in der historischen Tradition patriarchaler Herrschaft. Das Heldenhafte des Todes gab es beispielsweise bereits in den elitären Männergruppen, wie den Junkern und Rittern, und wurde während der Durchmilitarisierung des preußischen Staates vergesellschaftet.

staatlich organisierter Männerwahn um 1933

und 2000 Metropolenmänner demonstrieren in Dresden, 15.6.91

RAINER SONNTAG BLUTZEUGE DES REICHES NL

Deutlicher noch jammern die westdeutschen Faschiste den preußischen Traditionen hinterher, welche sie in der DeutschenDR noch gut gehütet sahen. In ihrem Nachruf zur DDR bedauern die Idioten derNF (Nationalistische Front, Apr. 90) offen das Ende des Stech-

schrittes. "Mit ihm (dem Stechschritt) geht zweifellos ein Stück Preußentum in der NVA(Nationale Volksarmee) unter. ...Disziplin, Ordnung, Autorität und Gehorsam waren dort tatsächlich vorhanden."
Gerade die Übergriffe und Morde auf Flüchtlinge und sogenannte AusländerInnen werfen die Frage auf, ob es sich bei den angreifenden weißen Männer, die der Einfachheit halber durch Linke immer als "Faschisten" bezeichnet werden, nicht um brutalisierte und um ihre Privilegien kämpfende Männer handelt. Sind die Angriffe der Männer nicht als Absicht zu werten, ihre Identifikation mit dem weißen Herrenvolk zu dokumentieren und zu reproduzieren? Auf keinen Fall teilen wir die Positionen soziologischer Hirnakrobaten, die aus den Tätern erstmal Opfer basteln, um sie dann zu kurieren. Die Schläger mit dem neudeutschen Haarschnitt und vaterlandsverherrlichenden Aufnähern und Gedanken sind keine Opfer der "Modernisierungsgesellschaft", sondern Männer! Männer, die uns vielmehr über den Angriff auf "Auswärtiges, Fremdes" die Absicherung der eigenen privilegierten Position als weiße Metropolenmänner zu betreiben scheinen. Für diesen Gedanken spricht die Tatsache, daß die rassistischen, sexistischen Metropolenmacker allen Unkenrufen zum Trotz ihren Zulauf anstatt von der männlichen weißen "Unterschicht" vorwiegend aus den gesetzten Schichten des Bürgertums und der Mittelschicht erhalten.



Demonstration für den, durch weiße Jungmänner, ermordeten Jorge Gomondai in Dresden

Natürlich fanden und finden wir es absolut richtig und wichtig, wenn autonome Gruppen und Linke sich darum bemühen, die angegriffenen Flüchtlinge zu unterstützen, bzw. den Handlungsspielraum der brutalisierten Männer bewußt einzugrenzen. Allerdings greift es zu kurz und bleibt in den Perspektiven und Konsequenzen begrenzt, wenn wir uns weiterhin darum drücken, die Existenz der Männer, wie Reisz, Sonntag und wie sie alle heißen, nicht zum Bestandteil unserer Auseinandersetzung zu machen. Denn es bleibt Tatsache, daß es sich bei den Faschisten auch "nur" um Männer handelt. Solange der patriarchale Kern in der faschistischen Identität und Ideologie von uns nicht begriffen wird und wir uns nicht die Frage beantworten können, was daß für uns heißen muß, sind wir nicht in der Lage die "Faschos" wirklich wirkungsvoll zu bekämpfen!



Schwule in Konfrontation mit faschistischen Männern in Potsdam, "Beerdigung" von Fritz dem Doofen, Okt. 91

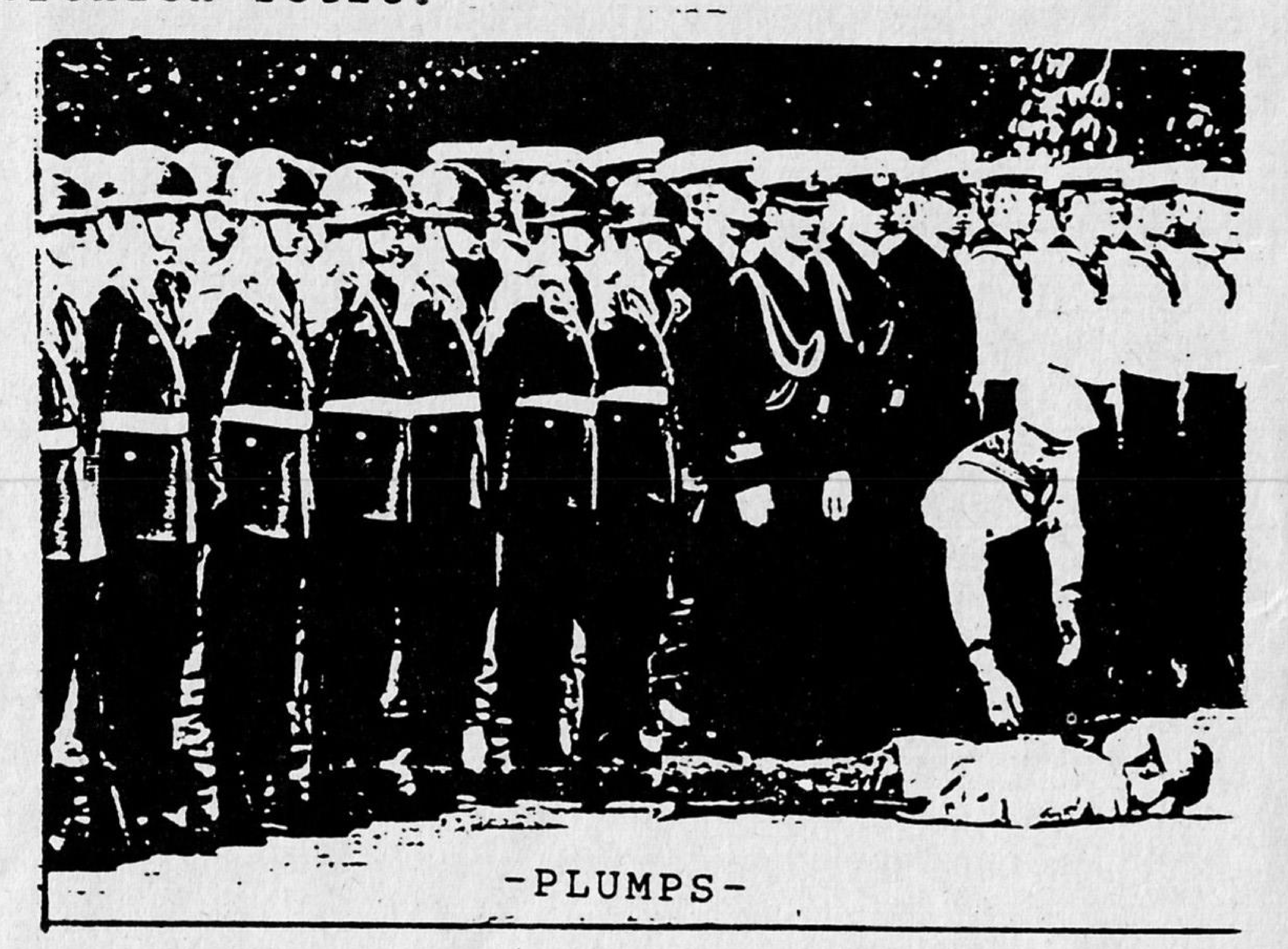
Wir sind verärgert darüber, daß die täglichen Angriffe gegen Frauen und Lesben, welche in Mord und Vergewaltigung gipfeln, von "linken und revolutionären" Männern ausgeblendet werden, obwohl bei den Angriffen gegen Flüchtlinge der Feind klar zu sein scheint und die Motivation zu handeln groß ist. Das wird aber nicht daran liegen, daß es weniger sexistische als rassistische Angriffe gibt(was kein Argument wäre), sondern daß wir uns in die Auseinandersetzung darum schonungslos miteinbeziehen müßten. Unser Alltag ist übervoll mit Sexismus gegen Frauen und Lesben und Heterosexismus gegen Letztere und Schwule. Unsere einzige Erklärung, die wir für die krampfhafte Nichtauseinandersetzung von Männern haben, ist die, daß die "antirassistische" Auseinandersetzung sich "revolutionär" begreifender Männer mit dem Verschließen des eigenen Wohnungs(Hinter-)türchens wieder schnell auf Distanz zu sich selber gebracht werden kann.
Dagegen rüttelt die antipatriarchale Auseinandersetzung(gegen Rassismus <u>und</u> Sexismus) an dem Tabu um das eigene liebe und teure zwangsheterrorsexuelle Bettchen und stellt den allgemeinen Umgang und unsere Gewalttätigkeit ebenso in Frage wie die Sicherheit, mit denen wir unsere ach so "privaten" Rückzugsmöglichkeiten der Reproduktion und Beziehungen leben und zu erhalten versuchen.
Mit dieser Nichtauseinandersetzung um die Verstrickung im Netz patriarchaler Herrschaft muß endlich Schluß sein!

Die Gewalttätigkeit, zu der unser Geschlecht durch andere "vorgesetzten" Männer und Freunde in Gestalt des Kumpels und Kameraden dressiert wurden und wird, findet heutzutage fortwährend statt. Die durch Fritz den "Großen" eingeführte Dienstzeit, die den Mann zum "Diener des Staates" preßte,ist heute in der gewandelten Form des "Staatsdieners in Uniform" präsent. Der "Vaterlandsdienst" ist heute nicht mehr für jeden Mann zwingend notwendig. Unsere Uniformierung ist auch ohne das Ableisten der Dienstzeit längst eine innerliche geworden. Die Frage ist vielmehr die, ob unsere heutige Dienstzeit von der Geburt bis zum Tode reicht.

200 Jahre Zwangsmilitarisierung haben unsere Herzen besetzt, und es wird vieler Flammender Herzen bedürfen (seufz, je nach Laune pathetische Hintergrundmusik auflegen), um selbige zu enteisen, damit wir Teil zukünftiger revolutionärer Bewegungen werden können und einen Platz im Kampf um herrschaftsfreie Gesellschaften finden werden. Daß unsere Befreiung nicht zu Lasten von Frauen, Farbigen, Schwarzen und Krüppeln gehen kann, haben wir mehrfach betont, sind doch gerade sie immer wieder Ziel männlichen Angriffs.



Die Männerzuchtanstalten als eine Sorte zentraler Institutionen patriarchaler Zurichtung basieren auf dem Ausschluß von Frauen. Der Ausschluß ist eine der entscheidenen Grundlagen, um innerhalb des "sexistischen Getthos" die permanenten Angriffe gegen Frauen (unwidersprochen) organisieren zu können. Die räumliche Abwesenheit von Frauen als Person ermöglicht es den Männern Frauen in objekthafter, entmenschlichter Form darzustellen, von ihnen ein neues Bild zu entwerfen und sie zum Ziel jeder eigenen Unzufriedenheit und Unterdrückung zu machen; sie anzugreifen !
Diese Abwesenheit von Frauen nährt das Bild des Militärs als eine von Frauen unabhängig funktionierende Institution und trägt zur Mythenbildung von dem Männerbund als "ungebunden, frei und unabhängig" bei.
Dem "Einzelkämpfer" beim Militär entspricht im Alltag der Survival-Mann, der auf sich gestellt glaubt, er könne unabhängig von seiner Umgebung überleben, -der (Alp-)Traum vom freien Mann. Jeder Mann hat, mal mehr, ma weniger, Züge des Einzelkämpfers an und in sich. Diese Wunschvorstellung vom "freien Mann" ist Teil herrschender Männerideologie geworden, der wir in unseren eigenen Strukturen begegnen und die dem Erstreben von kollektiven Leben und Widerstand harte Grenzen setzt.


-PLUMPS-

Männer sind nicht in der Lage, die für sie bestimmte patriarchale Zurichtung durchzuhalten, wenn Mütter, Freundinnen und andere Frauen keinerlei Reproduktionsarbeiten mehr leisten würden. 400.000 Prostituierte in Vietnam während des Krieges (zeitweise fast ebensoviele Frauen wie stationierte US-Soldaten) machen deutlich, welche Rolle den Frauen durch Männer zugedacht wird, wenn dieser sexistische und rassistische Männerbund einer seiner "Bewährungsproben" zu bestehen hat. Und wie wichtig Frauen offensichtlich für die Bewältigung von "Männersachen" sind.
Es bleibt eine groteske Farce, angesichts der Verachtung von Frauenund den ihnen aufgezwungenen Reproduktionleistungen und Arbeiten, derer sich Männer sicher glauben, von einer "Unabhängigkeit" des sexistischen Männerbundes zu reden. Der Mythos des "freien Mannes" betreibt das "Verschwinden" der Frauen und macht deren Arbeiten unsichtbar. Nur aus eben dieser Verachtung Frauen gegenüber kann sich dieser Männerbund "positiv" definieren und seine Kraft zur Existenz beziehen! Diese Institution, und alle ihm vergleichbaren, wird nie ohne Frauen funktionieren ! Diesem Alptraum vom "freien Mann" kann nur eine eindeutige Absage erteilt werden !
Es sind aber nicht alleine die Bordelle außerhalb der Kasernen und die Pin up-Bilder und Pornos in den Schränken der Soldaten, die von dem Frauen-Bild zeugen, sondern gerade auch militärische Disziplinierung und Dressur der Männer, hin zu soldatischen Männer, ist engstens verquickt mi Verachtung und Haß gegen Frauen.
Der zwangsheterosexuelle Charakter des Militärs, welcher auf verschiedene Weisen die Bestrafung und Unterbindung offener(!) homo- und autosexueller Handlungen garantiert, ist ein notwendiger Bestandteil patriarchaler Zu- und Abrichtung von Männern. Er erfüllt die Funktion, die am eigenen Geist und Körper wahrgenommenen Erniedriegungen, Entmenschlichungen und Mißhandlungen durch den Kameradschaftsgeist und "vorgesetzte" Männer auf die Frauen abwälzen zu können.
Bereits im 18.Jahrhundert wurden in den mit dem Militär vergleichbare Institutionen wie Internaten, Schulen, Klöstern und Knästen bereits darauf geachtet, daß der zwangsheterosexuelle Charakter allzeit erhalten blieb. Bis in die Schlafsäle hinein wurden die Jungen und Männer überwacht, damit sie sich nicht der Onanie oder der Liebe und Zärtlichkeiten miteinander hingaben, sondern "züchtig,sauber und ordentlich" blieben. Da Zärtlichkeiten mit Frauen durch die Kasernierung für jene jungen Männer sowieso als

Möglichkeiten ausgeschlossen waren und heute in extremen Situationen noch sind, ist die Unterbindung offen gelebter auto- und homosexueller Gelüste innerhalb der Männerzuchtanstalten zur Basis geworden, auf der patriarchale Zu- und Abrichtung der Männer erfolgt. Der Wunsch nach Entfaltung von körperlichem Begehren, emotionaler Nähe und sexuellen Gelüsten wird zwangs-heterosexistisch kanalisiert und in Richtung von frauenverachtendem Denken, Handel und Fühlen gelenkt.

Wir verstehen patriarchale Zurichtung weißer Männer als eine Form gewalttätiger Ausbildung. Diese "Ausbildung" umfaßt in unseren Augen sowohl die gewaltsame Unterwerfung männlicher Individuen durch die Männerhierarchie und deren Deformation als auch die Kanalisierung emotionaler und sexueller Bedürfnisse mit dem Ziel des Aufbaus eines ständigen gesellschaftlichen Männerheeres zur Unterwerfung von Frauen.



Panzergrenadiere in der Grundausbildung der Bundeswehr: „Lassen Sie die Maske auf, sonst laufen Sie bis heute abend so rum!" Originalbefehlston an den untergebenen Soldaten.

US-amerikanische Vietnamsoldaten berichten davon, daß sie das Tragen eines Gewehres so empfunden hätten, als wenn sie einen erigierten Schwanz hätten; wenn mann abdrücken müsse, sei das wie ein sexueller Trip gewesen. "Liebesakte" mit Frauen beschreiben Männer wiederum in Begrifflichkeiten, welche der der militärischen Sprache entlehnt sind. Da ist vom Aufreißen, Abschießen, Rohrverlegen, Stoßen, Weib fassen, einen Schuß aus dem Rohr Jagen, die Rede. Selbst der gängigere Sprachgebrauch vom "Bumsen" erinnert stark an eine militärische Herkunft (Bumm=Knall=Schuß). Die männliche Sexualität und unsere Vorstellungen davon sind unglaublich brutalisiert, und unabhängig von militärischen oder "zivilen" Zwangsdiensten, Schule, Lehre etc. sind wir zur Verachtung und zum Haß gegen Frauen abgerichtet. Die eigene Sexualität wird zur Waffe, um Frauen zu disziplinieren und sie durch den Akt des sexistischen Angriffs (von Vergewaltigung bis hin zu Beziehungen und Ehen) immer wieder aufs neue in die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen zu zwingen. So ist es leider nur logisch, daß Vergewaltigungen einen festen Platz in der Aufstandsbekämpfung einnehmen und als Foltermittel in Verhören durch Soldaten, Polizei, Paramilitärs etc. weltweit eingesetzt werden.



Vietnam

In der militärischen Ausbildung wird die Waffe zum Schwanz erklärt und der Schwanz wird zur Waffe in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gemacht. Genausowenig wie der Hund den Gongschlag vom Essen trennen kann, kann der Mann als Ergebnis der Zurichtungsprozesse (welche darauf abzielen, durch Verbote unsere Sexualität zu brutalisieren und alle Unterwerfungsakte mit sexistischen Bildern zu unterlegen), noch zwischen Sexualität und Unterwerfung unterscheiden.

Nichts verdeutlicht das mehr, als zwei bekannte Sprüche US-amerikanischer Soldaten im Vietnamkrieg, die da lauten: "This is my dick and this is my gun, one is for killing and one is for fun" und "Rape and Kill".

Die militärische Struktur ist keine örtlich begrenzte, sondern ein gesellschaftliche! Die gesellschaftliche Struktur ist eine militaristische; somit verbietet es sich, den soldatischen Mann und dessen Brutalisierung auf den klassisch-militärischen Komplex reduzieren zu wollen. Deshalb kann der antipatriarchale Kampf nicht auf einen antimilitaristischen Teilbereichskampf reduziert werden.

Der Angriff der Männer gegen Frauen ist ein permanenter.
Der "Gebrauch" des eigenen Schwanzes kann genauso verHEERend und vernichtend sein wie eine Waffe in unseren Händen !
Auch wenn es bei uns kontroverse Meinungen darüber gibt, ob die Angriffe der Männer nicht als "Krieg" gegen Frauen (=Geschlechterkrieg) benannt werden müssen oder ob der Kriegsbegriff dadurch zu inflationär eingesetzt würde, stimmen wir doch darin überein, daß sich jeder Mann für den gesellschaftlichen Zustand patriarchaler Strukturen und für jede Vergewaltigung als verantwortlich zu betrachten hat !

So schmerzhaft diese Erkenntnisse über unsere Positionen im Netz patriarchaler Herrschaft auch sind, so wenig Sinn sehen wir darin, in Selbstmitleid und resignatives Gejammere zu verfallen. Oder gar so weiterzumachen wie jene "revolutionären" Männer, die so tun, als ob der antipatriarchale Widerstand nix mit ihnen zu tun habe, bzw. Augen, Ohren und Mund verschließen in der Hoffnung, daß der Frauenwiderstand sie nicht direkt trifft.

Die Sowjetarmee jagt Deserteure, dieser Mann protestiert gegen seine Einberufung

Lesben, Frauen und Mädchen, die sich Freiräume erkämpfen und ihr Leben, soweit möglich ohne den Einfluß von Männern zu gestalten suchen, lösen bei Männer Angriffsreaktionen aus, da deren Verfügungsgewalt über Frauen, und somit deren Identität und Ideologie ins wanken kommt. Während viele Männer dazu tendieren, diese Verunsicherungen durch eine (sichtbare)Brutalisierung Frauen, Farbigen und Schwarzen gegenüber zu kompensieren, sehen wir bei anderen Männern die Tendenz, sich in instutionalisierte Männerbüros/gruppen/therapien zu organisieren, um ihre angeknackste Identität miteinander wieder ins Lot zu bringen und "Manns genug zu sein", den patriarchalen Anforderungen im gesellschaftlichen Alltag zu entsprechen.
Daß dieser Weg nichts anderes als die Reformierung patriarchaler Herrschaft bedeutet, wird, wenn überhaupt, von den ebenfalls krisengeschüttelten "linken und revolutionären" Männern gerade noch erkannt, doch, abgesehen von der üblichen Vereinnahmung von Frauenanalysen und Theorien, dem diffussen Postulieren eines "eigenständigen" (??) Kampfes oder dem Anklatschen von antipatriarchalen Frauenforduerungen an Flugblattenden, tut sich auch dort so wie nix.
Wir können uns die unendliche Geschichte der Nichtauseinandersetzung der "linken, revolutionären" Männer mit der Existenz des Patriarchats und unseres Anteils daran nur dadurch erklären daß es scheinend keine Motivation gibt, einen antipatriarchalen Widerstand zu entwickeln. Die durch Frauen/Lesbenwiderstand und den Widerstand schwarzer und farbiger Menschen ausgelößten Identitätskrisen weißer Männer beurteilen wir aber darum positiv, weil wir Männer dadurch verunsichert werden !

Uniformierte Männerjäger bei der Festnahme eines Totalverweigerers

Wir fragen uns, ob die Scham für die eigenen Sexismen und Rassismen, die wir gegenüber Frauen, Lesben, Krüppeln und farbigen Frauen und Männern empfinden , nicht auch als revolutionäre Tugend begriffen werden könnte. Liegen nicht sowohl in unserer Scham über unsere gewalttätigen, herrschenden Positionen anderen Menschen gegenüber, als auch in den Erkenntnissen über unsere eigene Deformation, welche als Ergebnisse patriarchaler Zurichtungsprozesse zu betrachten sind, die Chancen, gegen patriarchale Herrschaft kämpfen zu WOLLEN ?!

Wir suchen die Diskussion mit Euch Männern, die die Teilhabe an den sexistischen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen nicht mehr mittragen wollen oder können und die ihre Veränderungen, ebenso wie wir, als festen Bestandteil in der Entwicklung antipatriarchaler Ansätze empfinden !
Wir wollen die Diskussion mit Schwulen und anderen Männern darüber führen, wo wir die Prozesse patriarchaler Zurichtung als weiße Männer möglichst erfolgreich stören können. Wir sehen in der Beleuchtung des Militärs die Möglichkeit, gesellschaftliche Strukturen und Abläufe besser erkennen zu können und eine neue Wahrnehmung für unsere eigene gewalttätige Rolle im Patriarchat zu bekommen. Langfristig wünschen wir uns Diskussionen mit Euch darüber, wo weitere Ansätze für den Kampf um herrschaftsfreie Gesellschaften liegen könnten und ob und wie wir durch praktisches Handeln soziale Polarisierungen zugunsten antipatriarchaler Tendenzen unterstützen können.
Letztere Überlegung hat uns bei der Entscheidung beeinflußt, die Diskussion mit Euch vom antimilitaristischen Spektrum zu suchen und die Kampagne aus unserer Position heraus zu unterstützen. Wir finden es richtig, daß Ihr versucht, den Militarismus und Nationalismus mit der Totalverweigerungskampagne beizukommen. Die Umstrukturierung des europäischen Heeres zur schnellen Eingreiftruppe, in wie außerhalb des Nato-Territoriums, ist in unseren Augen ebensowenig wie der soldatische weiße Mann ein nur klassisch-militärisches Problem. Die Kampagne zur bewußten Totalverweigerung, die Blockadeaktionen gegen Rekrutenzüge, der Kampf, der die Aufkündigung der Männerkumpanei, das totale Verweigern von Männern für die patriarchale Gefolgschaft ins Auge faßt, sowie der Widerstand gegen die Orte patriarchaler Zurichtung hängen für uns zusammen.
Nichts war im Faschismus 33 bis 45 eine schlimmere Infragestellung und nichts unehrenhafter, als wenn Männer aus Liebe zu Frauen, Familie, Lebenslust, aus verständlicher Angst vor dem absurden Morden und Sterben oder aus politischer bewußter oder unbewußter Gegnerschaft der patriarchalen Gefolgschaft den Mannesdienst versagten. 15.000 Deserteure wurden in dieser Zeit von anderen Männern hingerichtet und die erstaunlich hohe Zahl der Überlebenden werden heute noch gesellschaftlich geächtet. 200.000 US-amerikanische Soldaten desertierten während des Vietnam-Krieges trotz hoher Strafen. (In diesem Zusammenhang grüßen wir die aktuell über 270 Fahnenflüchtigen in Berlin)
Im Angesicht der erstarkenden nationalistischen Bewegungen und der sekündlich stattfindenden sexistischen und rassistischen Angriffe gegen Frauen, Farbige und Schwarze wird es Zeit, daß wir Männer nicht nur individuell dem Patriarchat desertieren sondern dies langfristig und bewußt tun und uns kollektiv gegen Herrschaft und unsere Privilegien darin organisieren!!
Drückt uns die Daumen, daß Sie uns nie erwischen...

Viele liebe Grüße,

Das Ende des soldatischen Mannes ist das Ende des faschistischen Mannes
Rekrutenzüge stoppen!!
Für freies Fluten

Entzünden wir unsere Herzen mit der Sehnsucht nach Befreiung
und brennen wir die Orte unserer patriarchalen Zurichtung nieder



FLAMMENDE HERZEN
April 1992

Neofaschistischer Aufmarsch und linke Gegendemonstration in Leipzig

Polizei geht mit Brutalität gegen linke Demonstranten vor

Der Neofaschist und Führer der Nationalen Liste (NL) Hamburg, Christian Worch rief gemeinsam mit dem ehemaligen NPD-Führer von Thüringen, Thomas Dienel ("telegraph" berichtete in Nr.10/91) für den 21.03.91 zu einer "Anti-Drogen-Demo" auf. Inoffiziell hieß es unter den braunen Kameraden, dies wäre die "Entscheidungsschlacht", bei der es darum ginge, ob die Stadt im "Chaos des linken Mobs" versinke. Man wolle Leipzig von den Linken säubern. Davon wußten die Leipziger Stadtherren offenbar nichts und so ließen sie die Demo zu. Ausgerechnet am Internationalen Tag gegen Rassendiskriminierung, an dem der Direktor des Jüdischen Weltkongresses in der Stadt weilte. Auch der Kundgebungsort, das Gebäude des ehemaligen NS-Reichsgerichts auf dem Dimitroffplatz, sprach für sich. Mit "harten" Auflagen wollte man die Rechten im Zaume halten: keine Parolen, keine Transparente. Im übrigen war der Ordnungsdezernent der Meinung, daß Leipzig "eine offene Stadt" sei. Lokale linke Gruppen wollten dem nicht tatenlos zusehen und mobilisierten bundesweit zu einer Gegendemonstration. Großkampftag war angesagt für Leipzig und darum boten die "offenen"

Stadtväter eine polizeiliche Streitmacht auf. Bundesgrenzschutz (BGS), Sondereinsatzkommandos (SEK), bayrische Unterstützungssonderkommandos (USK), dazu Polizeikräfte aus Leipzig, Dresden und Halle. Offizielle Zahlen schwanken zwischen 900-1500 Polizisten, was wahrscheinlich weit zu tief gegriffen ist.

Der Tag begann mit einem Sprengsatz, der etwa gegen neun Uhr auf dem Gelände des vorgesehenen Naziaufmarschs entdeckt und von Spezialkräften entschärft und geborgen wurde.

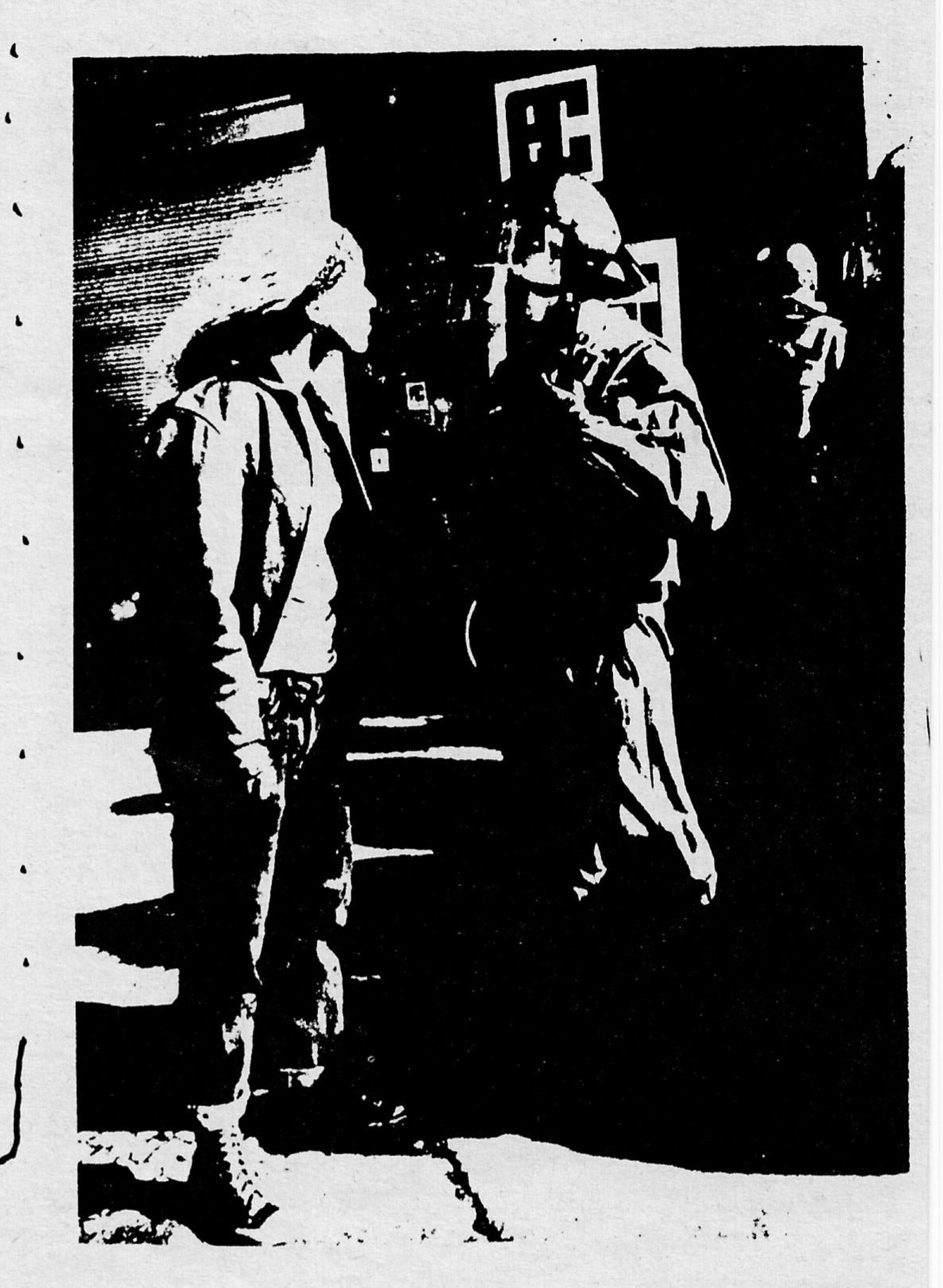
Gegen 13.30 Uhr formierten sich etwa 2000 linke Demonstranten unter dem Motto "Keine Überdosis Deutschland" in Connewitz Richtung Bayrischer Platz. Bis dahin verlief die stimmungsgeladene Demonstration friedlich. Der BGS lief im Spalier mit und die Sondereinheiten hinterher. Als die Demo dann offiziell bendet war und sich aufzulösen begann, wurden nun die USK-Beamten pflichtbewußt. Sie versuchten, einige vermeintliche Vermummte festzunehmen. Dabei gingen sie, äußerst intolerant, gegen einen Infostand der "Aktion Toleranz" vor, an dem einige Demonstranten Schmalzstullen erstehen wollten. "Polizeiknüppel"so die "Berliner Zeitung" vom 23.03. "trafen die 56 jährige " Gudrun Frost "auf dem Rücken und am Arm." Nach ihren Aussagen suchte die Polizei wohl einen Grund für ihren Übergriff. Ein junger Mann erhielt einen Stockschlag in die Lunge, beim Zusammensacken weitere auf den Rücken und auf den Kopf. Eine bereits am Boden hockende Frau erhielt von mehreren Polizisten Schläge auf Kopf und Rücken. Es entwickelte sich eine zwanzigminütige Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten. Die Polizei setzte dabei Wasserwerfer und Nebelgranaten ein. Die Demonstranten antworteten mit Steinen. Offizielle Zahlen sprechen von 17 leicht verletzten Polizisten und 67 festgenommenen Demonstranten. Über die Zahl der leicht- und schwerverletzten Demonstranten wurde nichts verlautbart.

Gegen 17 Uhr erfolgte dann der rechte Aufmarsch auf dem Dimitroffplatz. Sc lappe 250 Personen trotzten dem schlechten Wetter und versammelten sich, die Auflagen ignorierend, mit Reichskriegsflaggen unter permanenten Sieg-Heil- und Ausländer-Raus- Gebrülle. Ein sinflutartiger Platzregen ließ sie jedoch erst einmal die Flucht ergreifen. Nur der Hamburger Nazi Christian Worch demonstrierte "eiserne Härte" und stand mutterseelenallein 30 Minuten klitschnaß im Regen und ähnelte eher einem begossenen Pudel als einem deutschen Führer. Im nachhinein absolvierte man im Schnelldurchlauf das Programm und zog unter dem Schutz der Polizei eher geknickt gen Hauptbahnhof.

Erst im nachhinein meldete der Kreisverband Bündnis 90/Grüne schlechtes Gewissen an. "Wir haben den Tag einfach verpennt und sind erst wachgeworden, als die Rechten schon ihre Demo angemeldet hatten." räumt Susanne Knoharfki-Huniat vom Vorstand gegenüber der Berliner "taz" ein. Auf die Anfrage der "taz" warum sie sich nicht an der Demo beteiligt hätten, äußerte sie: "Wir haben zu wenig Leute." Ein Polizeisprecher resümierte den Tag als erfolgreich. Kritik an der Art des Einsatzes wies er von sich. Man habe nach den Buchstaben des Gesetzes gehandelt und danach wäre Vermummung ein Straftatbestand, jedoch Ausländer Raus-Rufe nicht. Na bitte. Damit wäre ja der Rechtstaatlichkeit wieder Geltung verschafft und die bayrischen USK-Mutanten haben wieder einen glorreichen Sieg errungen. Fast wie damals in Wackersdorf. Leipzig hat nun wieder Ruhe und kann sich weiter weltoffen geben,

Jolli Jumper

aus telegraph 4/92



TURTLES UND RADEBEULER
ODER EIN WOCHENENDE IN LEIPZIG

- Zum "Antifaschistischen Aktionswochenende" 20.-22.3. in Leipzig (s.a. Interim 182 + 184/185) -

Ein paar Worte vorweg: Die folgende Kritik ist nicht als Wessi - Besserwisserei gedacht, dazu hätten wir auch wenig Grund. Sie soll auch nicht die gesamte Planung und Durchführung kritisieren, da sich die OrganisatorInnen die größte Mühe gemacht haben und für den konkreten Ablauf nicht verantwortlich waren.
Dennoch stellen sich uns einige Fragen nach dem Zustand der Antifa-Bewegung und dem Sinn solcher Mobilisierungen.

Es begann mit einem unguten Gefühl am Freitag abend; eine Mischung aus mackerhaft nach außen getragener Militanz, die sich in schwingenden Baseballkeulen und Eisenstangen ausdrückte und einem immensen Alkkonsum (der auch das Plenum beschäftigte, allerdings nur in Form der Frage, ob die Bierpreise überhöht seien) ließ uns nach dem Sinn fragen.
Dieses Bild, begleitet von Imponiergehabe und unterlegt mit Mackersprüchen, die weitestgehend unbeantwortet/ unbeachtet blieben, bzw. von vielen Anwesenden wohl auch geteilt wurden, erweckte immer mehr den Eindruck, daß es vielen nur um "Fun" ging, daß ein politischer Hintergrund, der antirassistische und antisexistische Überlegungen beinhaltet, kaum gegeben war.
Wir haben uns irgendwann gefragt, was wir da eigentlich mittragen, was wir zusammen mit Leuten (Typen) erreichen wollen, mit denen eine gemeinsame Aktion oder auch nur irgendeine andere Form von Gemeinsamkeit aufgrund ihres Verhaltens sonst völlig außer Frage gestanden hätte.
Leider unterließen wir es daraufhin, Kontakte zu den Leipziger OrganisatorInnen aufzunehmen und so eine Basis für eigene Sachen, bzw. Sachen mit anderen Gruppen/ Städten zu legen, mit denen das vorstellbar gewesen wäre.

Während der Demo waren dann auch viele potentielle Faschoziele kaum geschützt, wohl auch, weil für den Schutz kaum so viele Lorbeeren zu gewinnen sind, wie für den Fight auf der Straße. Nach der Demo und dem verhinderten direkten Kontakt der Demo mit den Faschoansammlungen, sammelten sich wieder alle an einem Platz, so daß es kaum möglich war, von dort unbemerkt mit größeren Gruppen aus dem von den Bullen abgeriegelten Stadtviertel zu effektiven Aktionen wegzukommen. Die ganze Szenerie war geprägt von Gerüchten, dem spontanen Eingehen darauf oder eben nicht, von fehlenden Infostrukturen zwischen Infozentrum und Gruppen-/ Städtedelegierten und immer mehr um sich greifenden Frust. Zu diesem Zeitpunkt begann auch endlich eine Kampagne gegen den Alkkonsum und das Bild änderte sich zumindest etwas.

Noch zu kritisieren ist die - soweit uns bekannt - fehlende Absprache mit Wohnheimen von MigrantInnen und der Verzicht auf ein 3-4 Tage vorher liegendes überregionales Delegiertentreffen.

Es bleiben Fragen:
- Ist diese Ansammlung von Typen symptomatisch für den Stand der Antifa-Bewegung (im Osten)?
- Wie können / müssen wir darauf reagieren ?
- Sind solche Mobilisierungen zu Großveranstaltungen, bei denen auch die Bullen / BGS mit Riesenaufgebot kommen, über den Schutz von eigenen Zentren hinaus überhaupt noch sinnvoll, da uns immer zwei Gruppen gegenüberstehen und eine Straßenschlacht mit Bullen wohl kaum die Essenz von Antifa sein kann? - Daraus ergibt sich natürlich die Frage nach neuen Konzepten.
- Und - als Technix-Frage- welche Infrastrukturhilfe muß von uns in den Osten gehen? Es fehlt dort einfach an den 20 Jahren, die wir hier Zeit hatten, eigene Strukturen aufzubauen, während die Faschos unter tatkräftiger Westhilfe schon eine funktionierende Organisierung auf die Beine gestellt haben.

Bei unseren Überlegungen zu Leipzig ist uns mal wieder aufgefallen, wie wichtig eine Diskussion zu den Inhalten und Praxis von Antifa jenseits der Straße wäre.
Für erste Überlegungen brauchen wir aber noch Zeit und einige Diskussionen!

DIE IRRWICHTEL

Einige Nachbemerkungen zu Leipzig

In unserer Nachbereitung zu dem Wochenende in Leipzig haben wir festgestellt, daß wir eigentlich nicht sehr erfolgreich dort agiert haben.

Es hat ein relativ kleiner Faschistenaufmarsch stattgefunden, kleiner jedenfalls als bei anderen Gelegenheiten z. B. in Dresden. Dieser Aufmarsch wurde im wesentlichen durch den pünktlich einsetzenden Hagelsturm gestört, die AntifaschistInnen haben die Faschos kaum behindert. Ein politischer Erfolg war es trotzdem, weil in der Öffentlichkeit die Antifa-Demo wesentlich größer und wichtiger dargestellt wurde als der Faschoaufmarsch, sie war ja auch mit 2000 Leuten ziemlich eindrucksvoll. Im Anschluß an die Demo kam es zu Auseinandersetzungen mit bayerischen Bullen, deren Konzept es war, uns schnell aus der Innenstadt wieder nach Connewitz zu treiben, was auch aufgegangen ist (der Angriff auf die Demo ging übrigens von den Bullen aus, wie aus dem Bullenfunk ersichtlich war). Die meisten Leute blieben von da an in Connewitz, vergnügten sich bei Falafel oder Barribau. Außer vielen Gerüchten über Faschoansammlungen kam es zu keinen Auseinandersetzungen mehr.

Wie ihr schon merkt, haben wir einige Kritik am Ablauf dieses Wochenendes. Für uns war das Ziel, die Fascho-Demo zu stören, möglichst zu verhindern. Die Demo war für uns einerseits ein politischer Ausdruck für die Öffentlichkeit und hatte als zweiten wesentlichen Zweck, mit vielen Leuten in die Innenstadt in die Nähe der Nazi-Demo zu gelangen. Im Nachhinein mußten wir feststellen, daß wir diese Priorität mit nur wenigen Leuten teilten, obwohl es durchaus möglich war, in kleineren Gruppen auf eigene Initiative hin zu den Faschos zu gelangen. Diese Einstellung war eigentlich schon am Abend vorher auf der VV im Eiskeller absehbar. Auf dieser VV wurde zwar ausdrücklich gesagt, wir wollen zu der Fascho-Demo hinkommen, aber möglichst gemeinsam als geschlossener Demozug. Es wurden keine Diskussionen geführt, was wir machen, wenn die Bullen dies verhindern wollen. Wir haben versäumt, uns vorher unser Ziel bewußt zu machen und dies dann auf der VV auch ausdrücklich und ausdauernd zu vertreten. Wir müssen zugeben, daß wir erwartet haben, daß dieses schon so ähnlich von Leuten aus Leipzig vertreten werden würde und wir hinterherdackeln können (das ist kein Vorwurf an die LeipzigerInnen, die haben schon sehr viel gemacht). Es war nach der Demo wirklich sehr einfach, in Kleingruppen (zu Fuß, mit der Straßenbahn, im Auto oder Bus) in unmittelbare Nähe des Kundgebungsortes oder der Anfahrtswege der Faschisten zu gelangen. Genau dies hätte auf der VV auch so beschlossen werden können. Wir können durchaus die Ängste verstehen, als Kleingruppe einer größeren Anzahl Faschos gegenüberzustehen (die Ängste haben wir auch), aber das Ziel war es ja, mit vielen vorwärtszukommen, um uns dann möglichst wieder zu treffen und flexibel je nach Situation auf die Faschos zu reagieren. (Beispiel 1: die Faschos sind schon auf der Kundgebung von 10 Reihen BGS umzingelt, dann würden wir als Gruppe uns dann hinstellen und Parolen rufen. Beispiel 2: wir sind zu 20 und treffen 10 eindeutige Faschos auf dem Hinweg, da könnte es schon sein, daß die danach ein paar Beulen haben.)

Diese Selbstbeschränkung setzte sich auch am Abend weiterhin fort: die meisten Leute saßen zwecks Verteidigung in Connewitz, obwohl diese große Anzahl von uns dort nicht notwendig war. (Eine Verteidigung gegen einen Fascho-Angriff ist gerade in Szene-Vierteln mit relativ wenigen Menschen zu machen, wie es auch in Ostberlin der Fall ist.) Die Faschisten konnten ungestört von ihrer Kundgebung abziehen.

Als Ergebnis für uns sehen wir, daß es wichtig ist, als Gruppe sich viele Möglichkeiten offenzuhalten und sich nicht auf die Demo oder rein defensiven Häuser-/Stadtteilschutz zu fixieren. Wir denken, daß es für unser Konzept nicht notwendig ist, einer dieser berühmten Schlägertrupps zu sein. Offensiveres Handeln heißt nicht unbedingt, die körperliche Auseinandersetzung mit Faschos zu <u>suchen</u>, sondern auch, durch Präsenz auf der Straße ihren Aktionsraum einzuschränken, sich natürlich gegen Angriffe auch zu verteidigen. Allerdings gab es in Leipzig die Erfahrung, daß es richtig ist, mit mindestens 8 bis 10 Leuten (z. B. mit zwei Autos) unterwegs zu sein, um nicht leichtes Angriffsziel von Faschos zu werden.

Uns fällt keine passende Abschlußparole ein. (Die Vorschläge verschweigen wir lieber.)

Antifa-Aktion in Leipzig

Für den 21.3. mobilisierten bundesweit verschiedene Nazi-Organisationen zu einem Aufmarsch, um in Leipzig Fuß zu fassen, wo sie noch nicht so stark sind, und allgemein ihre Strukturen zu festigen.
Erwartet wurden führende Nazi-Größen, wie der FAPler Christian Worch, oder der fleißig am Aufbau der NPD in der Ex-DDR arbeitende Thomas Dienel aus Weimar.
Wir nahmen diese Mobilisierung zum Anlaß, am 20.3. das zweistöckige Haus in der Schmidt-Rühl-Str. 20 in Leipzig/ Schönefeld zu besuchen, das von verschiedenen Nazi-Organisationen genutzt wird. Das Haus war bisher die Leipziger Postanschrift der FAP.
Fest steht nur, daß der Leipziger FAP-Funktionär Dirk Zimmermann sowie eine Freundin, die uns namentlich nicht bekannt ist, dort wohnen. Die Fenster im 1. Stock waren verbarrikadiert.
Als wir in der Nacht vor dem Naziaufmarsch in das ansonsten unbefestigte Haus eindrangen, schlief dort nur die Frau, die wir tags zuvor beobachtet hatten. Wir forderten sie auf, sich anzuziehen und mit nach draußen in den Hof zu kommen. Den Hund hatte die Panik ergriffen, als wir kamen und wir sorgten dafür, daß er flüchten konnte.
In den bewohnten Räumen hingen Nazi-Embleme und Hakenkreuzfahnen an den Wänden sowie militaristischer Scheiß verschiedenster Sorte. Es gab ein Büro, in dem wir Unterlagen von der FAP und der Wiking-Jugend fanden, die wir mitnahmen und auswerten werden. U.a. fanden wir :
- Migliedsausweise von FAP und Wikingjugend (WJ)
- Fotos, Broschüren der WJ mit "Fahrtbeschreibungen", Schriftwechsel mit anderen Nazis
- Anklageschrift wegen Körperverletzung, Beschlagnahmebescheid der Bullen über eine Knarre
- Material zur "Auschwitzlüge", gegen Abtreibung, Waffenzeitschriften, internationale faschistische Propaganda.

Wir zerstörten die Wohnung und das Büro in dem ansonsten unbewohnten Haus, vergewisserten uns, daß die Frau tatsächlich allein gewesen war und setzten das Haus in Brand, da es ausschließlich von den Nazis benutzt wurde. Es handelt sich um ein freistehendes Haus, so daß eine Gefährdung unbeteiligter Menschen ausgeschlossen war.
Offensichtlich fühlten sich die Nazis sehr sicher, sonst wäre es für uns nicht so einfach gewesen. Z.B. stand die Haustür offen, es gab keine Wachen trotz der offenen Antifa-Mobilisierung für den nächsten Tag und das obwohl dieses Haus schon einmal Ziel einer antifaschistischen Aktion war !!

FaschistInnen und deren Strukturen anzugreifen ist möglich !
Überlegt euch Aktionen - laßt ihnen keine Ruhe !
Je mehr angegriffen werden, desto weniger können sie selber agieren (und sind mit ihrem Selbstschutz beschäftigt).

Autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten

WENN DIE NACHT AM TIEFSTEN...

KRITIK AN RZ-SELBSTAUFLÖSUNG

Eine Antwort auf "Das Ende unserer Politik" - RZ-Papier (`konkret´, März 92) ist unumgänglich. Bevor wir in die Debatte einsteigen, halten wir es für angebracht, uns den LeserInnen vorzustellen.

Wir gehörten bis vor einigen Jahren zu dem, was im o.g. Papier hochtrabend als "Organisation" bezeichnet wird und was wir trefflicher, weil unverbindlicher "Zusammenhang" nennen würden.
Unsere größte Popularität hatten wir zu Zeiten der Bewegung gegen die Startbahn 18 West. Allerdings beschränkten sich unsere Aktivitäten nicht auf diesen Bereich, nicht vorher und nicht nachher. Wir waren bei weitem nicht die alleinigen TrägerInnen der RZ-Aktionen in der Region, wenn auch diejenigen, die am engsten mit dem Konzept, dem "Zusammenhang" und der spezifischen Kampfform verbunden waren.
Mitte der 80er Jahre haben wir uns in praktischer Hinsicht aus diesem Zusammenhang zurückgezogen, nachdem unsere Versuche, eine grundsätzliche Diskussion und Bestandsaufnahme als Voraussetzung für eine Neubestimmung zu führen, fehlgeschlagen waren. Seither stehen wir in mehr oder weniger loser Verbindung.

Das "Ende unserer Politik" ist uns Anlaß, uns im alten Rahmen zu Wort zu melden. Stellt es doch den Versuch dar, aus einer Position vollkommener Resignation heraus ein gewiß nur winzigkleines Stück Geschichte der RZ zu schreiben. Und mehr noch.
Nach der Lektüre Eures Papiers drängt sich jeder/m die Frage nach dem WARUM auf. Was wollt Ihr eigentlich mitteilen, wem gegenüber seid Ihr verantwortlich? Und es springt ins Auge, daß an keiner Stelle Eures Papiers begründet wird, warum es geschrieben und veröffentlicht werden mußte.
In unseren Augen ist Euer Papier oberflächlich, an keinem einzigen Punkt geht Ihr derart in die Tiefe, daß mensch von Aufarbeitung, geschweige denn Verarbeitung reden könnte. Dabei gehen großmäuliger Avantgardeanspruch und ein Fatalismus, der Geschichte gleichsam "naturalisiert", eine merkwürdige Verbindung ein. Die Vorgänge in der Gesellschaft und in der Linken scheinen sich vor Euren Augen nach Naturgesetzmäßigkeiten abzuspielen und die Geschichte der letzten Jahre demnach als Naturkatastrophe: "von der Geschichte überrollt", "in den Strudel der Auflösung linker Utopien ... geraten", "endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert", "in ein irreversibles Stadium eingetreten" sind da nur einige Kostproben.
So schwammig wie Eure Aufarbeitung bleibt Eure Schlußfolgerung: "Die politische Öffnung der RZ scheint uns ... der einzige richtige Schritt". Was, bitte schön, soll das denn nun bedeuten?

So häufig wie Ihr im Text den Begriff "Organisation" verwendet, stellt sich die Frage, warum dieser Text von Euch nicht innerhalb der "Organisation" diskutiert wurde, woher Ihr Euch berufen fühlt, nun im Alleingang Konkurs anzumelden? Daß es dann die `konkret´ und nur die `konkret´ war, die das rare Exemplar erhielt, macht die Sache nur noch pikanter ...

*

Unser Text, das sei vorausgeschickt, ist kein "Positionspapier", sondern nur eine Antwort auf Euer Papier. Auf Eure widersprüchliche, ja chaotische Vorgabe einzugehen ist uns schwergefallen. Beginnen wollen wir mit den Punkten, die weniger mit Aufarbeitung oder Analyse denn mit korrekter Darstellung konkreter Ereignisse zu tun haben.

1. In Eurer historischen Darstellung der RZ klingt an, als hätte es vor 1977 nur die OPEC-Aktion und Entebbe und erst danach den "Einstieg in die Teilbereichsbewegungen" gegeben. Das trifft so wenig zu wie Eure Version von der "faktischen Neugründung der RZ" nach Entebbe. Es gab keine Neugründung, sondern eine Spaltung - ein kleiner, aber feiner Unterschied. (Zur OPEC- Aktion und zu Entebbe werden wir hier nichts sagen. Zu Entebbe gibt es bereits ein RZ-Papier, hinter das wir uns hiermit, trotz mancher Kritik im Detail, grundsätzlich stellen).

2. Der Kampf gegen die Startbahn 18 West war der einzige Teilbereichskampf, wo es den RZ´s gelang, Anspruch und Umsetzung weitgehend in Einklang zu bringen. Das sagt Ihr. Aber selbst das könnt Ihr in Eurem Defätismus so nicht stehen lassen, auch wenn Ihr dafür die ganze Geschichte auf den Kopf stellen müßt: "Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert". Die Aktion gegen Karry konnte die Startbahn-Interventionen nicht desavouieren (und schon gar nicht schlagartig !), weil es sie bis dahin noch gar nicht gab. Die Karry-Aktion datiert im Mai 1981, die RZ-Angriffe auf die Startbahn-Betreiber begannen im Oktober 81, also 5 Monate später!

3. Wie schon der Märzausgabe des `ak´ zu entnehmen ist, haben nicht nur wir eine andere Erinnerung an die Folgen des 18.12.87. Ihr behauptet als Folge des 18.12. "die Orientierung auch der linksradikalen Szene von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt". (Wir fragen uns, ob Ihr nicht unter Umständen die Auswirkungen des 2.11. mit denen des 18.12. verwechselt.) War es nicht gerade umgedreht so, daß die inkriminierten, sog. anschlagsrelevanten Themen eine ungeheure Aufmerksamkeit erfuhren, nicht nur in der Linken, sondern weit bis in kirchliche Kreise hinein? Daß dies in Euren Augen vielleicht zu kurzfristig bzw. zeitlich befristet an die Prozesse gekoppelt war oder auch einfach nicht in die von Euch erhoffte Qualität umschlug, dürfte am allerwenigsten dem 18.12. geschuldet sein. Möglicherweise stand der "Repressionaspekt" für die RZ und ihre Umgebung tatsächlich im Vordergrund. Doch sollten beide Aspekte fein säuberlich getrennt werden, sonst geriert Eure Betrachtung zur Nabelschau.

Und wenn Ihr diese Nabelschau schon unbedingt in aller Öffentlichkeit vollziehen müßt, dann drängt sich die Frage auf, warum der 18.12. diese Auswirkungen haben konnte. Mensch sollte annehmen, daß eine "Organisation", die seit nunmehr fast 20 Jahren den Anspruch formuliert, sich illegal zu organisieren, solche Repressalien verkraften oder verarbeiten kann, zumal die RZ bis dato doch relativ ungeschoren davon gekommen sind. Die staatlichen Verfolgungsorgane sind nunmal dazu da, möglichem Widerstand entgegenzuarbeiten, das liegt in der Logik der Sache. Da gibt´s einfach nichts zu jammern und nichts zu übertreiben.

Im Abschnitt IV sprecht Ihr von der "Repression 1977 gegen unsere Organisation"! Auf welchem Planeten soll die denn stattgefunden haben??? Wir für unseren Teil sind doch arg ins Grübeln geraten über der Frage, was Ihr denn damit gemeint haben könntet. Das öffentliche Spekulieren darüber unterlassen wir lieber. Was auch immer es gewesen sein mag, den Begriff "Repression" habt Ihr dabei gewiß überstrapaziert. Der sollte tatsächlichen willkürlichen Verfolgungen vorbehalten sein und nicht dazu benutzt werden, die eigene Betroffenheit sprich Bedeutung hochzuspielen.

*

Ihr kritisiert Eure Aktivitäten gegen die staatliche Flüchtlingspolitik ganz richtig als "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge". In Eurer gesamten Beschreibung des Gedankengebäudes, auf dem sie basierte, wird das Absurde und Paradoxe Eures Begehrens deutlich. Nur unterlaßt Ihr es die theoretischen Fundamente zu hinterfragen - und zu kritisieren.

Unsere eigene Organisationsform, die traditionellen Methoden und Objekte unserer Angriffe sowie der "Adressatenkreis unserer Politik" standen Mitte der 80er sehr wohl zur Debatte. Wie diese Debatte lief bzw. nicht lief und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, wird nicht zuletzt in dem deutlich, was Ihr als "Einbahnstraße" klassifiziert, aber nicht analysiert.

"Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen überwunden werden".

In diesem Abschnitt finden wir stichwortartig komprimiert das Theoriekonstrukt, das in anderen Schreibstuben entstanden ist und das wir nicht nur für zu einfach halten. Es ist schlicht falsch, was allerdings nicht einer Erfahrung in der Praxis bedurft hätte.

"Das revolutionäre Subjekt" - gibt es nicht. Es ist deshalb auch müßig, sich auf die Suche nach ihm zu begeben. Das gehört dann in den Bereich der Ontologie, damit der Philosophie, und mit der in der Vergangenheit so oft beschworenen "Philosophie der Praxis" war es noch nie weit her. (Überdies sollten "Subjekt/Subjektivität" im Kontext spätkapitalistischer Gesellschaften doch nur unter Vorbehalten Eingang in unser Vokabular finden. Wir behaupten zwar nicht die Existenz gesichtsloser Individuen im Räderwerk kapitalistischer Produktion und Reproduktion, doch bezweifeln wir, ob die Lebensumstände hier das Wissen erlauben, was Subjektsein heißt oder heißen könnte.)

Das Operieren mit dieser Figur, die in aller Reinheit und Feinheit revolutionäres Wollen verkörpern soll, täuscht darüber hinweg, mit welcher Komplexität sich die gesellschaftlichen Prozesse abspielen und von wieviel verschiedenen Momenten eine mögliche revolutionäre Entwicklung abhängt. Daß in bestimmten Phasen eine oder mehrere gesellschaftliche Gruppen besondere oder entscheidende Impulse setzen, bleibt davon unberührt.

Die Kreation eines "revolutionären Subjekts" suggeriert, daß eine revolutionäre Bewegung oder sogar Umwälzung mit einem Schlag möglich sei. In diesem Sinne reduziert sich die in weiten Kreisen der Linken populäre Suche nach diesem Subjekt, das mensch am liebsten selbst repräsentieren oder wenigstens (er)finden möchte, auf ein Gesellschaftsspiel, ein Spiel ohne reale Auswirkung.

Leider widmet Ihr Euch mit keinem einzigen Wort den latenten Rassismen innerhalb der metropolitanen weißen Linken; leider verliert Ihr keine Silbe über Eure eigenen Rassismen, in denen letztlich auch die Ursprünge einer "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge" zu suchen sind. Dies ist nicht nur Euer Problem und schon gar keines der Vergangenheit. Die Unfähigkeit der Linken (uns selbst nicht ausgenommen) mit den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft und den aktuellen Angriffen anders als mechanisch umzugehen, Rassismus wie ein "Thema" zu behandeln, wäre Grund genug gewesen, dieser Frage einen sicheren Platz in Eurem Rückblick auf die Flüchtlingskampagne zu geben.
Ebenso arglos stellt Ihr an anderer Stelle fest: "der Kampf um die `Kolonisierung der Köpfe´, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen." Es ist nicht nur so, daß diese Parole aus der Zeit Mitte/Ende der 70er stammt und wir mittlerweile feste in den 90ern stehen. Auch ohne die nicht zu überhörenden Diskussionen zum Verhältnis Kolonisatoren und Kolonisierte könnte mensch eine Relativierung von Parolen oder ihre Anpassung an die sich verändernden globalen Verhältnisse annehmen. Spätestens aber durch die beispielsweise zwischen schwarzen und weißen Frauen stattfindenden Auseinandersetzungen zum Rassismus (in der weißen Linken) drängt sich doch die Frage auf, wessen Köpfe hier wo, wie und von wem kolonisiert sind und wer sich demnach berufen fühlen kann, den Kampf dagegen zu führen.

Eure Projektionen in die Flüchtlinge als TransporteurInnen trikontinentaler Kämpfe, Kampferfahrungen und -formen in die Metropole habt Ihr selbst benannt. Wir beschränken uns daher auf das zweite oder auch Metropolenbein Eures Subjekts, das "untere Armutsdrittel". Lassen wir mal die Frage nach der Fragwürdigkeit der Analyse bestimmter Soziologen von der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" beiseite und tun so als wäre das so. Lassen wir weiterhin die Frage beiseite, was Armut in der Metropole eigentlich ist, d.h. wie sie sich in der Metropole definiert und wie sie sich zum Trikont definiert bzw. relativiert. Was wir dann immer noch nicht verstehen ist: Worin begründet sich die unterstellte revolutionäre Potentialität der Armut in der Metropole und der daraus möglicherweise entflammenden Kämpfe? Ihr, wir und einige andere definieren sich als Revolutionäre. Was uns weiterhin gemein ist, ist, daß wir nicht arm sind. Das betrifft allen gegenteiligen Eigencharakterisierungen zum Trotz auch diejenigen unter uns, die Sozialknete abziehen - im Unterschied zu denjenigen, die arm sind, weil sie nix anderes als Sozialknete (und oft auch die noch nicht) haben. Wir könnten das Problem damit lösen, daß wir uns allen alles Revolutionäre abstreiten. Vielleicht liegt darin ja des Rätsels Lösung!

Eine Kritik an den sog. Teilbereichsbewegungen ist populär. Auch Ihr stigmatisiert sie zum zentralen Problem. Wir halten die Feststellungen für vordergründig und oberflächlich, nach denen der Hund in der "Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen" begraben liegt. Eine Bewegung, in der sich gleichsam alles Revolutionäre bündelt, in der die von Euch so genannte "Soziale Frage" in einem homogenen Strang vereint ist, "die revolutionäre Teilbereichsbewegung" kann es nicht geben. Eine umfassende revolutionäre Bewegung wird immer aus verschiedenen "Teilbereichen" bestehen, aus an und auf den verschiedensten sozialen Orten und Ebenen stattfindenden Kämpfen. Gerade darin liegt die Aufhebung ihrer Beschränkung!

*

Zu dem von Euch am Ende von IV angeschnittenen Thema "Beschränkung der Aktionsmittel" unsererseits 4 Anmerkungen:
1. Als einen Grund für besagte "Beschränkung" gebt Ihr für Euch an, daß Ihr sie nicht wirklich zu Klassenkämpfen in Bezug gesetzt habt, sondern immer nur zur linken Szene. Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung und ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann - auch wenn es absurd klingt - zur individuellen Überlebensstrategie.
2. Als zweiten Grund gebt Ihr an, daß sie "perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten". In dieser Allgemeinheit erklärt das vielleicht, daß es überhaupt Beschränkungen gab, aber nicht die Beschränkungen, wie sie für die RZ´s allzuoft typisch waren. Zum einen dürfte das mit dem unter 1. Gesagten zusammenhängen, zum anderen habt Ihr es im II. Abschnitt ungewollt selbst benannt: "... unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her". Mal dahingestellt, was "soziale Selbstbestimmungsrechte" sein sollen, der entscheidende Punkt ist hier für uns die "Machtfrage". Nicht in dem Sinne, daß wir als Personen oder Gruppe an die Macht wollten, sondern in dem Sinne, daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß. Das betrifft selbst besagte Teilbereichsbewegungen. Wenn z.B. eine Bewegung "Keine WWA" auf ihre Fahnen schreibt, so stellt sie - eine gewisse Quantität und Qualität vorausgesetzt - punktuell die Machtfrage. Inwieweit das dann auch subjektiv so begriffen wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir denken, daß das auch in den RZ´s allzuoft nicht klar war. Das erklärt einiges von der teilweisen "Beliebigkeit" mancher Aktionen, berührt die Frage der Effektivität der Aktionsmittel wie die ihrer Inflexibilität, ihrer Beschränkung nach oben, aber auch nach unten: Es gab Aktionen, wo ein Vorschlagshammer oder eine Säge angebrachter gewesen wären als der vergeudete Sprengstoff. An der Startbahn West hatten die RZ´s keine dogmatischen Probleme, auch Luftballons (mit Alustreifen zur Störung des Flugverkehrs) einzusetzen, eben auch und nicht nur.

3. "Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst". Dazu der 'ak' vom März 92: "Fangt ihr jetzt schon selber an, die brennenden Erfassungsakten von Roma und Sinti mit brennenden Flüchtlingen zu vergleichen?" Dem können wir uns nur anschließen.

Der von Euch beklagte Geheimdienstterrorismus, dem wir nach Eurem Bekunden "praktisch kaum etwas entgegensetzen" konnten, kann nur dann greifen, wenn wir ihm mit unseren eigenen Aktionen den politischen Raum dazu geben.
Anders bzw. grundsätzlicher formuliert: Ob Schüsse, Bomben, Brandsätze, Prügel ..., jede Gewalt ist zunächst - als Abstraktum - terroristisch. "Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung". Inwieweit eine bewaffnete Aktion politisch oder terroristisch ist, entscheidet sich nicht allein danach, wer sie mit welchem Ziel ausführt, sondern auch inwieweit diese von einem relevanten Bevölkerungsteil als politisch legitime Handlungsweise nachvollziehbar ist.
4. Abschließend noch eine Bemerkung zum spezifisch deutschen Militanz- und (damit korrespondierend) Bewaffnetem Kampf - Fetisch. Das fängt mit dem Militanzbegriff an, der in anderen Sprachen den politischen Kampf und nur im Deutschen den gewaltsamen politischen Kampf meint. Das setzt sich dann fort in der Gleichsetzung: Militanz und Bewaffneter Kampf = revolutionär - alles Andere = reformistisch. Wo das herrührt, scheint uns relativ klar: Aus der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, d.h. der weitgehenden Nichtexistenz bewaffneten Widerstands gegen die Nazis. Nichtsdestrotrotz muß die Unterscheidung reformistisch - revolutionär v.a. an den Inhalten und weniger an den Formen des politischen Kampfes festgemacht werden. Bewaffneter Kampf und Reformismus schließen sich keineswegs aus!

*

Ihr habt Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. "... diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen" sagt Ihr - und wir würden gerne wissen warum.
Was ist eine Avantgarde? Steht sie notgedrungen ganz oben, hat sie mit Hierarchie überhaupt etwas zu tun? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein wollen oder nicht wollen? Ist "Avantgardesein" im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann?
"Avantgarde" scheint für Euch eine überaus negativ besetzte Vokabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall: der Linken). Für uns ist die vordergründig panische



Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.
Daß Ihr im Gegensatz zu Eurer verbalen Distanz zu allem, was mit Hierarchie, Macht usw. zu tun haben könnte, durchgängig einen besonderen Platz in der Geschichte beansprucht, steht dazu nur vermeintlich im Widerspruch. Als RZ wollt Ihr innerhalb der Linken keine Sonderstellung - was Euch im übrigen nicht daran hindert, mit den Besonderheiten zu kokettieren. Als Linke im Allgemeinen seht Ihr Euch jedoch in vornehmer Distanz zum "gemeinen Volk". Ein - zudem durch nichts legitimierter - Kardinalfehler.

*

Völlig unverständlich und vor allem schräg sind Eure Rundumschläge in Sachen Patriarchats-Diskussion. Revolutionäre Politik muß von ihrem Selbstverständnis, dem gemeinsamen Konsens her antisexistisch, antirassistisch und internationalistisch sein. Wir legen dabei die Betonung auf das Wort Selbstverständnis, weil wir für zentral halten, mit welchem Selbstverständnis mensch auf gesellschaftliche Konflikte reagiert, anstatt die gesellschaftliche Realität wie die politische Aktion an Begriffshülsen zu messen. Gerade was Sexismus und Rassismus angeht wissen wir, wie schwer das ist, daß es mit der Parole "anti-" allein nicht getan ist.
Ihr behauptet "die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion" und zieht im gleichen Atemzug die lange vor dieser Diskussion liegende Trennung der Roten Zora von Eurem Zusammenhang dazu heran, Euren potentiellen "emanzipatorischen Beitrag" wieder ad acta zu legen. Ihr behauptet Eure Mitverantwortung an dem "männlichen Elend" der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, um sofort mit der Keule "Selbstentmündigung und Entpolitisierung" um Euch zu schlagen. Kurzum: Ihr macht es Euch arg einfach, Genossen! Eine besondere Würze bekommt das Ganze dann noch dadurch, wenn am Ende Eurer diesbezüglichen Ausführungen über die korrekte Linie die Feststellung steht, "daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint", gefolgt von dem Eingeständnis, daß auch die von Euch "benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster ... gegenüber dem historischen Wandel versagt" haben.
Generell offen bleibt, wieso Ihr überhaupt zum Thema Patriarchat Stellung bezieht. Außer dem von Euch erwähnten Text "Was das Patriarchat ist", den wir als teilweise biologistisch und eurozentristisch kritisieren, ist von dieser Diskussion rein gar nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Entweder haltet Ihr sie für so wichtig, daß sie publizistisch verarbeitet werden soll, oder nicht. Wenn ja, dann referiert sie- und zwar genau. Dort könnten dann auch Eure Probleme damit angemessen Raum finden.
Da das offensichtlich nicht der Fall ist, hättet ihr besser den Mund gehalten. So hat kein Mensch etwas davon, höchstens Ihr selbst, indem Ihr Euch mal "ausgesprochen" habt. Das kann persönlich ja befreiend wirken, politisch ist es absolut sinnlos.

Ihr behauptet in den Ereignissen der letzten 2-3 Jahre einen qualitativen Sprung (Stichworte: "Projekt Großdeutschland" und "Neue Weltordnung") des kapitalistischen Weltsystems, dem Ihr keinen entsprechenden qualitativen Sprung des Widerstands entgegensetzen konntet, damit Euer Scheitern. Wobei für uns das "großdeutsche" Gejammer nur eine andere Spielart der so oft denunzierten "doitsch-doitschen Besoffenheit" ist.
Das kapitalistische Weltsystem ist in eine neue Phase eingetreten. Damit haben sich die Bedingungen linksradikaler Politik nicht nur in der BRD, sondern weltweit grundlegend verändert. Veränderung heißt aber nicht unbedingt Verschlechterung, auch wenn dieser Prozeß subjektiv zunächst als schmerzhafter erlebt wird, weil alte Gewohnheiten und Sicherheiten sich scheinbar schlagartig aufgelöst haben.
Ob die weltweite Neuformierung des Systems einen qualitativen Sprung darstellt, hängt vom Standpunkt ab. Vom kapitalistischen Standpunkt ist sie es sicherlich, weil sie nach der Krise der vergangenen 25 Jahre die Chance für einen neuen Akkumulationszyklus darstellt. Vom revolutionären Standpunkt könnte mensch nur dann von einem qualitativen Sprung des Systems reden, wenn ihm damit ein Ausweg aus einer "revolutionären Situation" gelungen wäre bzw. wenn zumindest das, was in den letzten Jahren Bankrott anmelden mußte, erhaltenswert gewesen wäre.
Ihr sagt, der Bankrott des "Realsozialismus" falle Euch auf die Füße, obwohl Ihr "meilenweit" davon entfernt ward. Dazu können wir nur feststellen: Wem die Trümmer auf die Füße fallen, der muß sehr dicht dran gewesen sein. Was die von Euch ängstlich beschworene "revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern" angeht, so können wir diesen Bankrott nur begrüßen.

Einige Ex-RZlerInnen
Im März 92

8

..IST DER TAG AM NÄCHSTEN.

Liebe Leute,

Hier haltet Ihr den Demo-Aufruf des G7-Bündnisses Münster gegen das G7-Treffen am 8./9. Mai 1992 in Euren Händen. Dazu noch ein paar Organisatorische Informationen:

- Wenn Ihr - in der zweiten Auflage - auf dem Aufruf als UnterstützerInnen genannt werden wollt, meldet Euch bei der unten angegebenen Adresse. Wenn möglich legt bitte einen Spenden-Scheck bei.
- Der Aufruf ist zu folgenden Preisen bei uns in Mengen von einem Vielfachen von 500 zu haben (500, 1.000, 1.500, ...):

  500 Stk. DM 50 (incl. Versandkosten)
  1.000 Stk. DM 90 (incl. Versandkosten)

- Das nebenstehnde farbige Plakat ist zu folgenden Preisen bei uns zu erwerben:

  1 Stk. DM 2 (zzgl. Versandkosten)
  10 Stk. DM 10 (zzgl. Versandkosten)
  50 Stk. DM 25 (zzgl. Versandkosten)
  100 Stk. DM 40 (zzgl. Versandkosten)

  Wer noch größere Mengen haben will muß die Preise bei uns erfragen.

Zu bestellen sind die Aufrufe bei:

G7-Bündnis
c/o GAL/ Die Grünen
Bremer Str. 38-42
W-4400 Münster



.... NOCH WAS ZUM RZ PAPIER

"Die Masse", sagt Rosa Luxemburg, sei "wie die Thalatta, das ewige Meer, (das) alle latenten Möglichkeiten: tödliche Windstille und brausenden Sturm, niedrigste Feigheit und wildesten Heroismus in sich birgt. Die Masse ist stets das, was sie nach den Zeitumständen sein muß, und sie ist stets auf dem Sprung, etwas anderes zu werden, als sie scheint."

Es scheint zur Zeit eine starke Strömung im linken Zeitgeist zu sein, aus der Fülle der Fragen, den sich uns stellenden Aufgaben und den fehlenden Antworten die Konsequenz zu ziehen, alles in einen Strudel von Auflösungen zu kippen. Eine Revolutionäre Zelle aus dem Ruhrgebiet, so scheints, springt gleich komplett hinterher. Der mit der Selbstauflösungserklärung gegebene Einblick in den Diskussionsstand der Zellen ernüchtert, dem militanten Widerstand ist ein weiterer Teil "traditioneller Avantgarde" genommen. Die eingangs in der Erklärung formulierte Selbstbescheidenheit steht im Widerspruch zu der rigorosen Allgemeingültigkeit, mit der beispielsweise von der Zelle die Etappe des Bewaffneten Kampfes für beendet erklärt wird. Daß diese Erklärung mit all den darin enthaltenen Fragestellungen einen weiteren Anstoß zur revolutionären Debatte darstellt, ist gut. Einige Schlußfolgerungen halte ich für vorschnell, verfrüht.

Um das zu begründen, muß hier ziemlich weit ausgeholt werden. Die Etablierung illegalen/militanten/bewaffneten Kampfes in der BRD entstand u.a. aus den Erkenntnissen, daß

1. die Konfrontation mit dem imperialistischen Staat/Gesamtsystem ohne illegale, bewaffnete Gegenmacht aussichtslos ist (Der Sturz der demokratisch gewählten sozialistischen Allende-Regierung durch Pinochet,US-Kapital,CIA usw. war 1973 klarer Beweis dieser These und auch Anlaß der ersten RZ-Anschläge in der BRD)
2. der Aufbau illegaler, bewaffneter Kerne von anfang an Strukturelement revolutionärer Bewegung sein muß, will diese sich nicht gänzlich der Gefahr der Vernichtung durch Konterrevolution und Faschismus aussetzen. Historische Erfahrungen belegen, daß die Bewaffnung revolutionärer Massenbewegungen nicht erst kurz vor der Revolution auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, wie das bislang die orthodoxe kommunistische Bewegung vertreten hatte.
3. das Kontroll- und Überwachungsinstrumentarium des imperialistischen Staates derartig weit entwickelt ist, daß auf Legalität beschränkte Opposition dem Staat und dessen Repressions- und Manipulationsmöglichkeiten chancenlos ausgeliefert ist.
4. ein phantasievolles, dialektisches Sich-auf-einander-Beziehen der legalen Organe der Volksmacht und der politisch-militärischen Kerne der revolutionären Linken, der Stadtguerilla, erst die Möglichkeiten des bevorstehenden langwierigen revolutionären Prozesses eröffnet.

Dieser Versuch, einige theoretische Begründungen für bewaffneten Kampf aus dieser Phase zusammenzufassen, spiegelt unverkennbar die historische Aufbruchstimmung wieder, andererseits aber auch die Einsicht in die Langwierigkeit revolutionärer Perspektiven. Letztere Einsicht kollidierte besonders im letzten Jahrzehnt mit der "Wir wollen alles und zwar sofort"-Spontanität, die ihren Schatten der Ungeduld unverkennbar auch auf die Abschlußgesangs-Diskussion der Revolutionären Zelle geworfen hat. Die RZs hatten sich vor allem am Anfang ihrer Geschichte relativ ausführlich zum

Konzept vom bewaffneten Kampf geäußert. So unterschieden sie sich bsp. durch ihr "Nachwuchsförderungsprogramm": "Schafft viele revolutionäre Zellen" von den damaligen anderen Stadtguerilla-Gruppen in der BRD. Letztmalig tauchte diese Losung 1981 unter einer Erklärung auf und blieb fortan verschwunden - ohne jegliche Begründung. Seit ca. 10 Jahren hat es "Zellwucherungen" in diesem Sinne, soweit die erkennbare Kontinuität der regionalen Aktionsschwerpunkte solche Schlußfolgerungen zulassen, nicht gegeben. Ausnahme: Als hier in Berlin sich 1988 eine "Jung-RZ" aus der Taufe hob, blieb deren relativ ausführliches Konzeptpapier ohne jegliche öffentliche Reaktion seites der "UR-RZs".
1981 war zur Organisationsfrage noch folgendes zu lesen gewesen:

> "Zur Frage, wie sich organisieren.
> Wir meinen nicht, daß es richtig ist, die militanten GenossInnen aus allen möglichen Bereichen herauszuziehen und gesondert zu organisieren. Vielmehr geht es gerade darum, in möglichst vielen Bereichen diese Kampfformen innerhalb der bestehenden Gruppen zu erlernen und anzuwenden. Das bedeutet schließlich auch die Parole:
> Schafft viele Revolutionäre Zellen!
> Sie ist politisch richtig, weil sie auf Autonomie, Eigeninitiative und Verantwortung baut, und sie ist aus Gründen der Sicherheit richtig, weil nur eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen basiert, in diesem Überwachungsstaat die Chance hat, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden." (Revolut. Zorn Nr. 8, Jan. 1981)

In dem Selbstauflösungspapier steht dazu:

> "Das Konzept 'Schafft viele Revolutionäre Zellen' ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen."

In den vergangenen zehn Jahren hat es aber keine öffentlich nachvollziehbaren Diskussionen der RZs mehr über dieses Problem gegeben. D.h. eine Debatte Organisierung-Verankerung hat nicht mehr stattgefunden oder sie ist nicht mehr transparent gemacht worden. Ursachen der heute beklagten Isolierung der RZ könnten u.a. in diesem Versäumnis begründet sein.

Desgleichen ist still und leise Anfang der 80ziger Jahre ein weiteres wichtiges Element im RZ-Konzept aufgegeben worden: Damit militanter/bewaffneter Widerstand tatsächlich vermaßbar sein kann, müssen die Aktionsformen und -mittel einer Gruppe wie der RZs nachmachbar sein. Deswegen wurde in den Publikationen der RZs mehr oder minder regelmäßig Wissen um Subversionstechniken veröffentlicht (Anleitungen, Neuheiten zum Fälschen, Basteln usw.).
Eine Begründung, weshalb dieser öffentliche Austausch von Hits und Tips für den subversiven Alltag eingestellt wurde, hat es meines Wissens nicht gegeben.

> "Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren

> sozialen Praxis. Unser koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, ...",

schreibt die Zelle in ihrem Resümee. Dies könnte den Eindruck erwecken, als hätte es in der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD so etwas wie die kontinuierliche Praxis bewaffneter Opposition gegeben. Unter dem Begriff: "Bewaffnete Opposition" verstehe ich ein politisch ziemlich weit entwickeltes Verhältnis, wie es beispielsweise die Roten Brigaden oder die Tupamaros erreicht hatten. In der fast 25-jährigen Geschichte des bewaffneten Widerstandes in der BRD sehe ich nur ganz wenige Momente, wo Aktionen materiell in den gesellschaftlichen Konsens eingegriffen haben. Massenmilitanz in Regional- oder Stadtbewegungen hat da teilweise politisch mehr transportiert. Anschläge waren Momente darin. Wir sind zu oft dem Schein als dem Sein aufgesessen. Der Klamauk, das Gezeter, das die Bourgeoisie, die Medien, die Repressionsagenturen veranstaltet haben, ist hochgerechnet worden zur sozialen Bedeutung bewaffneter Politik. Ich denke, wir haben die Phase der sog. Bewaffneten Propaganda nie verlassen, deren Aufgabe es ist, erstmal das bewaffnete politische Element in der politischen Landschaft zu verankern. Bewaffnete Aktionen haben darin einen symbolischen Charakter. Sie stellen den antagonistischen Bruch zu den herrschenden Verhältnissen damit immer wieder durch Praxis zur Diskussion. Sie sind der Beweis, daß im versteinerten Sozialbewußtsein der BRD der Antagonismus existent ist, daß es Risse gibt im scheinbar intakten Gefüge. Das macht auch bis heute die Bedeutung, die Verantwortung der politischen Gefangenen in der BRD aus: nämlich daß sie nicht integrierbar sind. Es ist ein Unterschied, ob in einem Land in Buchläden Schriften zu revolutionärer Politik stehen oder ob Menschen durch ihre Praxis, ihren Einsatz, ihre persönliche Konsequenz revolutionäre Politik zur Diskussion stellen.
Fazit ist: die Zelle hat in ihrer Auflösungsbegründung die Meßlatte an Bewaffneten Widerstand viel zu hoch angesetzt. Das Ergebnis muß dann negativ ausfallen.

Weiter ist mir das Fazit zur Flüchtlingskampagne der RZ zu kurz gegriffen. Ihr Versuch; "die Verkrustungen und Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen" blieb nicht ohne Resonanz bzw.es gab parallel dazu ettliche Debatten um konkreten Antiimperialismus hier. Zumindest von Westberlin weiß ich, daß nicht nur die RZ mit militanten Aktionen, Anschlägen versucht haben, Antiimperialismus in den Metropolen praktisch zu definieren. Z.B. wird eine erfolgreiche Vernichtungsaktion von Asylbearbeitungsakten in Berlin falschlicherweise immer wieder den RZs zugerechnet, obwohl eine ganz andere Gruppe sich dazu erklärte. Kampagnen zur Situation von Flüchtlingen in Berlin gab es immer wieder, spätestens seit der Bombardierung Libyens 1986; der IWF-Kongress in Berlin hat BRD-weit zu wichtigen Auseinandersetzungen und auch praktischen Konsequenzen im Antiimperialismusverständnis vieler Linker geführt. Dabei gab es immer wieder Ansätze, nicht nur die Auswirkungen der globalen patriarchal-imperialistischen Weltbevölkerungspolitik und deren Instrumente zu thematisieren, sondern es wurde auch versucht, die Politik des transnationalen Kapitals und

die geostrategische imperialistische Politik insgesamt als eine Ursache der weltweiten Vertreibungs- und Wanderungsströme anzugehen. Gleichzeitig entstanden wichtige Diskussionen und neue Widerstandsansätze, die patriarchale Wurzeln und Zusammenhänge des imperialistischen Systems angriffen. Daß die Linke sich nicht auf den von der Avantgarde gesetzten Schwerpunkt gestürzt hat, liegt hauptsächlich an der Eindimensionalität der Interventionsrichtung der RZ.
Es wäre müßig, die Schwächen und Fehler linksradikaler Politik dieser Ebene hier ausführlich zu diskutieren, nur die totale Schwarzmalerei der NRW-RZ kann ich aus hiesiger Sicht bei aller Kritik/Selbstkritik unseres "Bewegungverhaltens" nicht teilen.

Eher wundert mich, daß in dem Resümee dieser RZ eine weitere politische Eindimensionalität ihrer Kampagne kaum belichtet wird. Es gab in den 70zigern bei großen Teilen der revolutionären Linken eine wichtige Kritik an der Politik der RAF etwa in dem Sinne, daß sie sich mit der Konzentration auf antiimperialistische Aktionen und später auf Gefangenenbefreiung ("Befreit-die Guerilla-Guerilla") aus der sozialen Realität hier in der BRD selbst politisch hinauskatapultiert hätten. Demgegenüber stand das Verständnis, daß linksradikale Politik sozusagen auf zwei Säulen immer gleichzeitig basiert:
- sozialrevolutionär, d.h. Widerstand aus der eigenen sozialen Realität, dem Zusammenhang von Widerstandsgeschichte der Stadt, Region, den subjektiven Bedürfnissen und objektiven Widersprüchen, als Kampf gegen die Entmenschlichung, Zerstörung individuellen und gesellschaftlichen Seins/Bewußtseins, als Aufstand gegen die Versteinerung der Gefühle und Gedanken,
- antiimperialistisch als moralische Bastion, als notwendige Voraussetzung für eine revolutionäre Perspektive aufgrund des weltweit organiserten imperialistischen Gegners, als Ausdruck grenzenloser humaner Solidarität und des Willens, nicht eher Ruhe geben zu wollen, bis Ausbeutung und Unterdrückung weltweit bekämpft sind.

Es ist nun nicht nur das Manko der RZ-Politik, seit etwa Mitte der 80ziger Jahre der sozialen Realität der BRD hinterher zu rennen. Dieses Grundleiden autonomer Politik wird seit Jahren immer wieder diagnostiziert. Gerätselt wird, ob das nun an uns oder an der sozialen Realität liegt. Aber mit ihrer "Flüchtlingskampagne" hat sich die NRW-RZ ziemlich ausschließlich auf die Politik konkreten Antiimperialismus in der Metropole beschränkt. Das, was die Politik der RZ der ersten zehn Jahre gekennzeichnet hat, nämlich sowohl in der Theorie als auch in der Praxis sozialrevolutionär und antiimperialistisch, ist in der letzten Dekade immer mehr verschwunden. Daß sich die, wenn auch sehr widerspruchsreiche Realität der hier immer noch ausgebeuteten und unterdrückten Frauen und Männer, (multinational ,...und die Kinder nicht vergessen) in der linksradikalen Politik seit Jahren nur noch in Versatzstücken wiederspiegelt, hat uns der qualitative Sprung des BRD-Kapitals zum Projekt Großdeutschland erst so richtig vor die eigenen Füße geworfen. Unsere seit Jahren durch Selbstspiegeleien

kaschierte gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit ist auf den Punkt gebracht. Das ist nicht nur eine Erfahrung der Revolutionären Zellen. Wir sind sozusagen auf unsere Grundwerte entblättert.
Und hier genau setzt auch meine Kritik zu den Konsequenzen der der NRW-RZ ein. Auch wenn ihrem lang begründeten Abgesang am Schluß noch eine kleine Passage rangehängt wird, daß sie "mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden" wollen, so vermiß ich in allem einen Trotzen den ja hinlänglich beschriebenen Verhältnissen. Wie oft in seiner fast 25-jährigen Geschichte hat sich der militante/illegale Widerstand in dem Bereich des Trotzalledem bewegt?! Militanz entsprang oft genug auch dem Trotz der Verzweiflung dem "Totalitarismus eines industriellen Systems" (Rev. Zorn Nr.4/78) gegenüber. Nur im offensiven Bruch/Widerstand schien, scheint sich menschliche Identität noch gegen die Verhältnisse setzen zu lassen. Diese subjektive Haltung des "Trotzalledems" läuft natürlich Gefahr, in die irrationalen Sphären einer Glaubensrichtung abzutauchen, führt zur Verselbständigung der Mittel, zur Menschenfeindlichkeit. Infragestellen, permanente politische Bestimmung und Debatte, Suchen nach neuen Ufern, alles als offener, durchsichtiger gemeinsamer Prozeß sind Möglichkeiten, der Erstarrung im subjektiven Sich-Widersetzen vorzubeugen.
Genau da liegen auch weitere Bruchstücke im Scherbenhaufen der RZ. Zu lang war das politische Diskussionsschweigen der Zellen in den letzten Jahren, als daß ich die vorgeknalle Konsequenz auch nur annähernd akzeptieren könnte. Ein hochkompliziert vorgetragener Diskussionsbeitrag von RZs zur Patriarchatsdiskussion vor etwa drei Jahren blieb ohne nennenswerte Resonanz. Seitdem herrscht Funkstille von ihnen zu diesem Thema. Erst mit dieser Abgesangserklärung läßt sich erahnen, welche Verwerfungen in den letzten Jahren im Traditionsgefüge der RZs - auch zur Patriarchatsdebatte - sich abgespielt haben müssen. Dieses Verschweigen solch interner Auseinandersetzungen (das jahrelange Schweigen zum Tod von Gerd Albartus ist dabei besonders krass) zeigt, daß der sogenannte Mythos um die RZs nach innen stärker gewirkt hat als nach außen und damit die frühzeitige Öffnung der Diskussion blockiert hat. Jetzt werden nur noch Ergebnisse vorgeknallt, wo Kampf um Kontinuität als lebendiger, offener Prozeß angesagt wäre.
Viele Diskussionsbeiträge in den letzten Monaten in den Regionalzeitungen deuten daraufhin, daß dieser Prozeß im Gange ist. Das Ringen um neue politische Ansätze ist vorhanden, die Mängel autonomer Kampagnen- und Ghettopolitik, fehlender gesellschaftlicher Bezug und mangelhafte Organisierung sind ausführlich beklagt. Daß eine autonome, militante Linke, die seit Jahren schon um ihre politische Identität kämpft, von den Entwicklungen neuer imperialistisch-patriarchaler Weltordnung, dem Sprung zum Projekt Großdeutschland/Europa überrollt worden ist, wen wunderts. Diesen ungeheuren qualitativen Sprung der imperialistischen Verhältnisse zu sehen, zu begreifen und zu beantworten, ist auch keine Sache von ein paar Monaten. Gerade in dieser Enwicklung haben Zusammenhänge mit längerer politischer Erfahrung eine besondere Verantwortung, sie sind das Bindeglied zu den bisher gemachten politischen Erfahrungen. So wie die NRW-RZ

ihre Geschichtsaufarbeitung angeht, ist das eher ein Debakel im Umgang mit politischer Verantwortung. "Die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus" , was ja alles andere als eine neue Form der Konterrevolution ist, wird zum entscheidenen Problem für den Einsatz revolutionärer Gewalt gemacht. Bei allen Feststellungen wird nicht mehr gefragt, wie läßt sich das anders machen. Wenn der Verlust von Spontanität und sozialer Verankerung durch eine verselbständigte klandestine Struktur beklagt wird,.so fehlt jeglicher Ansatz, diese Erfahrung auch nach vorne zu diskutieren, aus den Fehlern zu lernen, in die Gruppen, die sich ernsthafter um eine illegale Struktur bemühen, ja immer wieder schnell geraten können. Welche Momente waren am wichtigsten in diesem Verselbständigsprozeß gewesen? Wie stark ward ihr eigentlich noch in der Organisierung von sog. Massenmilitanz vertreten oder habt ihr euch diese wichtige Erfahrungsebene aus konspirativen Überlegungen heraus grundsätzlich abgeschnitten? Wie ist es dazu gekommen, daß in dem Kampf "um die Herzen und Köpfe der Menschen" nur noch in Anschlagsdimensionen gedacht wurde und die Ebene der Gegenpropaganda, der phantasievollen Vermittlung vollkommen weggefallen ist. Die Anonymität der GenossInnen der RZ kann wohl nicht ernsthaft, so wie ihr schreibt, der Grund für die Grenzen der Ausweitung der Propaganda gewesen sein.
Wo habt ihr in den letzten zehn Jahren gewohnt, gelebt, daß ihr zu den Auseinandersetzungen um die Zerstörung der Städte, den gigantischen Umstrukturierungsprozessen mit den sattsam überall diskutierten Auswirkungen für Wohnungssuchende und MieterInnen nichts gesagt habt?
Das sind nicht Fragen - einige von vielen möglichen - ans "ZK", sondern an eine Gruppe, die ihre fehlende Verankerung beklagt, aber seit Jahren die Diskussion zwischen ihr und der Szene als Einbahnstraße begriffen hat.
Die Selbstauflösung ist darin nur noch die letzte scheinbar mögliche Konsequenz. Vielleicht ist's auch nur politisch arg verbrämte Müdigkeit, die nicht unverständlich wäre, aber so aufgeplustert vorgetragen unehrlich und ein Schlag ins Gesicht all derer wäre, die sich hier versuchen durchzubeißen.
Daß ihr als Rahmen eurer Veröffentlichung das Alt-Herren-Magazin 'KOnkret' gewählt habt, ist ein konsequenter Schlußpunkt.

"...daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen",(letzter Abschnitt der Auflösungserklärung) hat die Zelle doch hoffentlich nur auf sich selbst bezogen. Die Anforderungen des antifaschistischen, antirassistischen und antisexistischen Widerstandes lassen der Linken im Moment nicht viel Zeit zum Zurückzug ins Studierzimmerchen. Daß konspirative, militante und auch bewaffnete Gruppen Momente in dieser Bewegung sind, sein werden, liegt auf der Hand, will diese Bewegung nicht zwischen Neonaziterror und Repression zerrieben werden. Das ist für viele schon länger praktische Erfahrung und Notwendigkeit geworden. Dieser Abwehrkampf hat aber längerfristig nur eine Chance, wenn es uns gelingt, mit eigener Praxis greifbar in den anderen Bruchstellen dieser Gesellschaft präsent zu sein. Und es

wird dabei kaum noch einen Konflikt in der "Großdeutschen Gesellschaft" geben, der nicht im Hintergrund durch imperialistische Konkurrenz, durch imperialistische Globalstrategien und durch Ausbeutung und Unterdrückung der Trikont-Gesellschaften bestimmt ist. Für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen werden wir die Erfahrungen vor allem auch der Stadtguerillagruppen der BRD benötigen. Das ist eine Aufforderung an alle noch bestehenden RZ-Zusammenhänge, sich konstruktiv und nachvollziehbar mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen und wieder Teil einer, wenn auch ein wenig strauchelnden linksradikalen Bewegung zu sein.

Die Nr. 1 des Zeitungsprojekts "Front" ist erschienen, mit Texten zur Situation und Perspektiven revolutionärer Politik in Westeuropa. Die Linien, für deren Verbreitung und Einheit "Front" eintritt, sind: revolutionärer Krieg - Einheit der Revolutionäre in Westeuropa - antiimperialistische Front. "Front" erscheint alle 2-3 Monate. Die Texte sind in französischer Sprache.
Die Zeitung kostet 10 DM + Porto

Zusammenstellung Nr.3 3/92 zu Frankreich, mit Übersetzungen von Texten aus "Front", Situation in den Knästen, Hungerstreik der Gefangenen aus Action Directe, Antirassismus, Banlieue
Preis: 5 DM

Reader zu AMOK: Veranstaltungsbeiträge während der AMOK-Woche im Herbst 91 in Saarbrücken u.a. mit: - Veranstaltung zu politische Gefangenen - zu Türkei, El Salvador, Palästina, - 500 Jahre Widerstand gegen Kolonialismus -ID-Archiv, Amsterdam
AMOK: Andere Medien Ohne Kommerz - Kultur und Kampf von unten gegen das Europa der Reichen
Preis: DM 5.- + Porto

Alles zu beziehen über: Infobüro
Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
6600 Saarbrücken

LEBEN ANSTELLE VON BETON

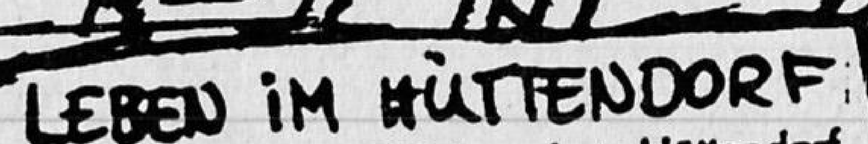
HÜTTENDORF GEGEN DEN BAU DER MERCEDES-TESTSTRECKE IM PAPENBURGER MOOR

KEINE TEST-STRECKE IM MOOR!

DIE BESETZUNG GEHT WEITER!

TESTSTRECKE, d.h.:

★ Fläche von 1600 Fußballfeldern
★ militärisch nutzbar
★ ein weiterer Schritt in die Autogesellschaft
★ Zerstörung von Moor– und Feuchtgebieten



VONEINANDER LERNEN

Einige der letztjährigen BewohnerInnen des Dorfes bereiten für dieses Jahr Workshops, Seminare, Veranstaltungen vor. Das alles ist nur ein Angebot, das den Hüttendorf–Alltag bereichern soll. Viel mehr wird aus der Aktivität der BesetzerInnen entstehen! Hier die vorläufigen, garantiert unverbindlichen Planungen:

01.04.–21.04.	Bauwochen über Ostern
25.06.–01.07.	Hüttenbau
02.07.–08.07.	Koch–/Backkurs
09.07.–15.07.	Werkstätten, Landwirtschaft
16.07.–20.07.	Jonglierfestival
20.07.–20.08.	Internationales Camp
23.07.–29.07.	Anders leben & arbeiten
30.07.–05.08.	Makrobiotik, Shiatsu, Frauen–/Männer–/Kinder–Rollenverhältnisse
06.08.–12.08.	Friedenswoche
21.08.–06.09.	Reise in die Vergangenheit (des Emslandes)
07.09.–13.09.	Kunstaktionstage
28.09.–04.10.	Spectaculum
	Aktionstreffen von allen, die im Hüttendorf waren

LEBEN IM HÜTTENDORF:

Das seit dem 4.Juli 1991 bewohnte Hüttendorf im Papenburger Moor wird über Ostern für einen langfristigen Aufenthalt vorbereitet, um dann im Sommer '92 wieder mit buntem Leben erfüllt zu werden. Es soll eine alternative Lebensform vorgelebt werden, die zugleich Zukunftsperspektiven für die Papenburger Region aufzeigt. Wir wollen selbstverwaltete Betriebe gründen, gemeinsames Leben ohne Chef und Zwänge verwirklichen. Das Hüttendorf bietet Raum für Kreativität und spontane Aktivitäten. Kommt vorbei und lebt mit!

WIDERSTAND

Durch die Besetzung wehren wir uns schon jetzt gegen die Teststrecke, obwohl mit dem Baubeginn erst 1994 zu rechnen ist. So können wir durch öffentlichkeitswirksame Aktionen am Umwelt–Image der Landesregierung kratzen und hoffen, den Bau zu verhindern. Je mehr Menschen bei den Aktionen mitmachen, desto eher werden wir Daimler stoppen. Die Landesregierung soll wissen, daß auch rosa-grünliche Umweltzerstörung nicht hingenommen wird. Verbringt den Sommer im Hüttendorf und leistet aktiven Widerstand!

LUST, MITZULEBEN? WIDERSTAND ZU LEISTEN?

Kontakt & Infos bei:

bis 25. Juni:	ab 25. Juni
Aktionsbüro gegen Daimler Heringstraße 4 2980 Norden Tel. 04931/167077	Aktionsbüro gegen Daimler Spillmannsweg 5 2990 Papenburg Tel. 04961/75430

WIDERSTAND, WEIL:

Seit 14 Jahren versucht der Rüstungs– und Automobilkonzern Daimler–Benz in der BRD eine Kraftfahrzeug–Teststrecke zu bauen. Vor 5 Jahren scheiterten sie im baden–württembergischen Boxberg am Widerstand. Nun soll ein Moor– und Feuchtwiesengebiet bei Papenburg im "strukturschwachen" nordwestlichen Niedersachsen dran glauben. Mit Unterstützung der Rot–Grünen Landesregierung!!

Am 4. Juli haben wir daher das Baugelände besetzt und ein Hüttendorf errichtet. Seitdem ist das Thema durch zahlreiche Aktionen bundesweit in den Medien präsent. Schon allein durch unsere Anwesenheit wird klar, daß der Bau nicht so leicht durchzusetzen ist. Denn gute Gründe gegen die Teststrecke gibt es genug:

* Was dort hinter hohen Wällen und Zäunen letztlich getestet wird kann keineR kontrollieren. Den Versprechen des Rüstungskonzerns nur "zivile Produkte" zu testen, ist nicht zu trauen.

* Die Teststrecke ist für Papenburg kein Weg aus der wirtschaftlichen Misere. Die angekündigten 300 Arbeitsplätze nützen nur Spezialisten oder sind extrem monotone Arbeiten.

* Der Sackgassen–Technologie Auto darf nichts mehr geopfert werden. Schon gar nicht über 1000 ha Moor– und Feuchtgrünland mit bäuerlicher Landwirtschaft sowie 50 seltenen Tier– und Pflanzenarten. KFZ–Teststrecken gibt's schon genug!

* Die Teststrecke ist in Krisenfällen eine optimale Start– und Landbahn für militärische Großflugzeuge.

Die Unterstützung der Teststrecke durch die Rot–Grüne Landesregierung ist nur ein Beispiel für zahlreiche ökologische Versager der "ökologischen Politik mit Weitblick". Wir wollen öffentlich machen, daß auch diese Landesregierung zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen kräftig beiträgt.

Dokumentation

"Bevor die Polizisten uns schlagen, sagen sie, daß sie es tun, weil sie die Schwarzen hassen"

• Protokolle • Einschätzungen • Erfahrungsberichte

über Folter und Polizeigewalt gegen

Schwarzafrikaner und Kurden auf

Bremer Wachen

3 DM

INHALT



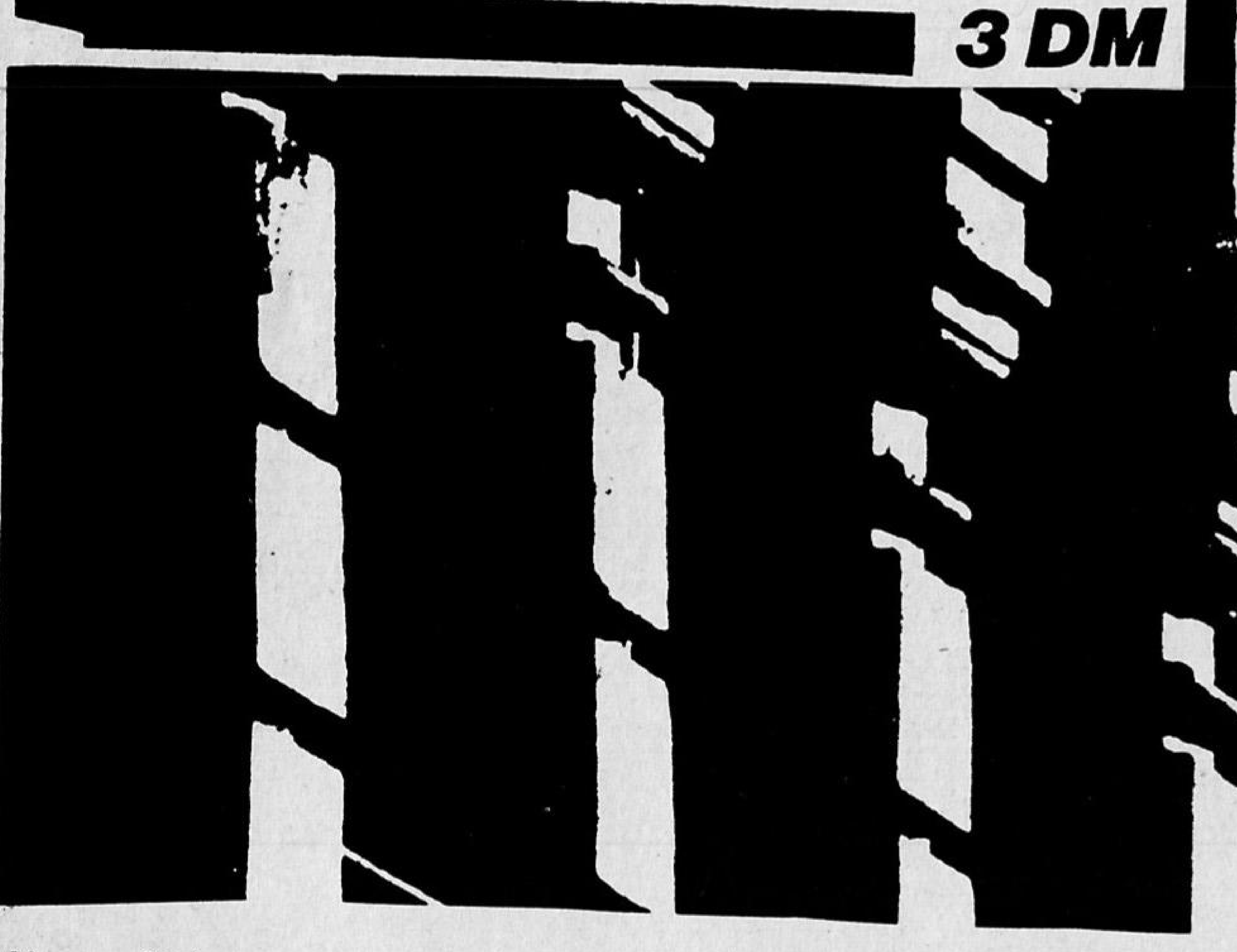
IMPRESSUM :

ANTI-RASSISMUS-BÜRO BREMEN
Sielwall 38
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/ 70 64 44
(787 44)
Fax : 0421/ 70 64 45

Bankverbindung:
Sparkasse Bremen
Weidner
Anti-Rassismus-Büro
Blz.: 290 501 01
Konto-Nr.: 11080769

April 1992

Einzelpreis 3 DM plus Porto
ab 5 Exemplare 2,50 DM plus Porto,
ab 10 Exemplare 2 DM plus Porto





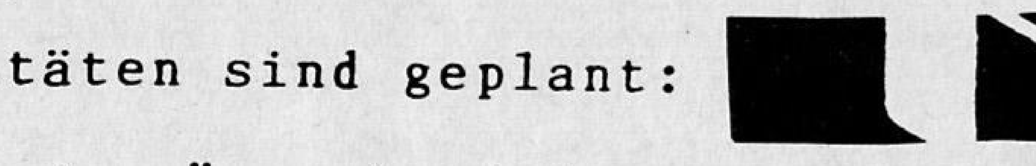
Wer fährt mit zum Internationalen Solidaritätstreffen nach Sevilla?

Vom 18.-26.4.1992 findet inSevilla(Südspanien) pünktzlich zur Eröffnung der Expo 92 ein Internationales Gegenfestival statt.

Die Folgen und Auswirkungen des kapitalistischen Systems sollen beispielhaft an der Region aufgezeigt werden.

Folgende Aktivitäten sind geplant:

- Eine "Gegenlandung" am Guadalquivir.Eine symbolischer Aktivität der Rückeroberung Amerikas.
- Abhaltung eines "Ständigen Tribunals der Völker" über die Eroberung der Völker und die internationalen Rechte.
- Veranstaltungen und Aktivitätenim BereichTheater, Foren und Musik.



Kontakt nach Sevilla:Comision por un "Encuentro International de la Solidaridas" c/Divina Pastora 6, 41003 Sevilla, Espana#
Tel.: (oo34) (95) 438 21 14 - 438 01 12
Fax: (0034) (95) 4900706

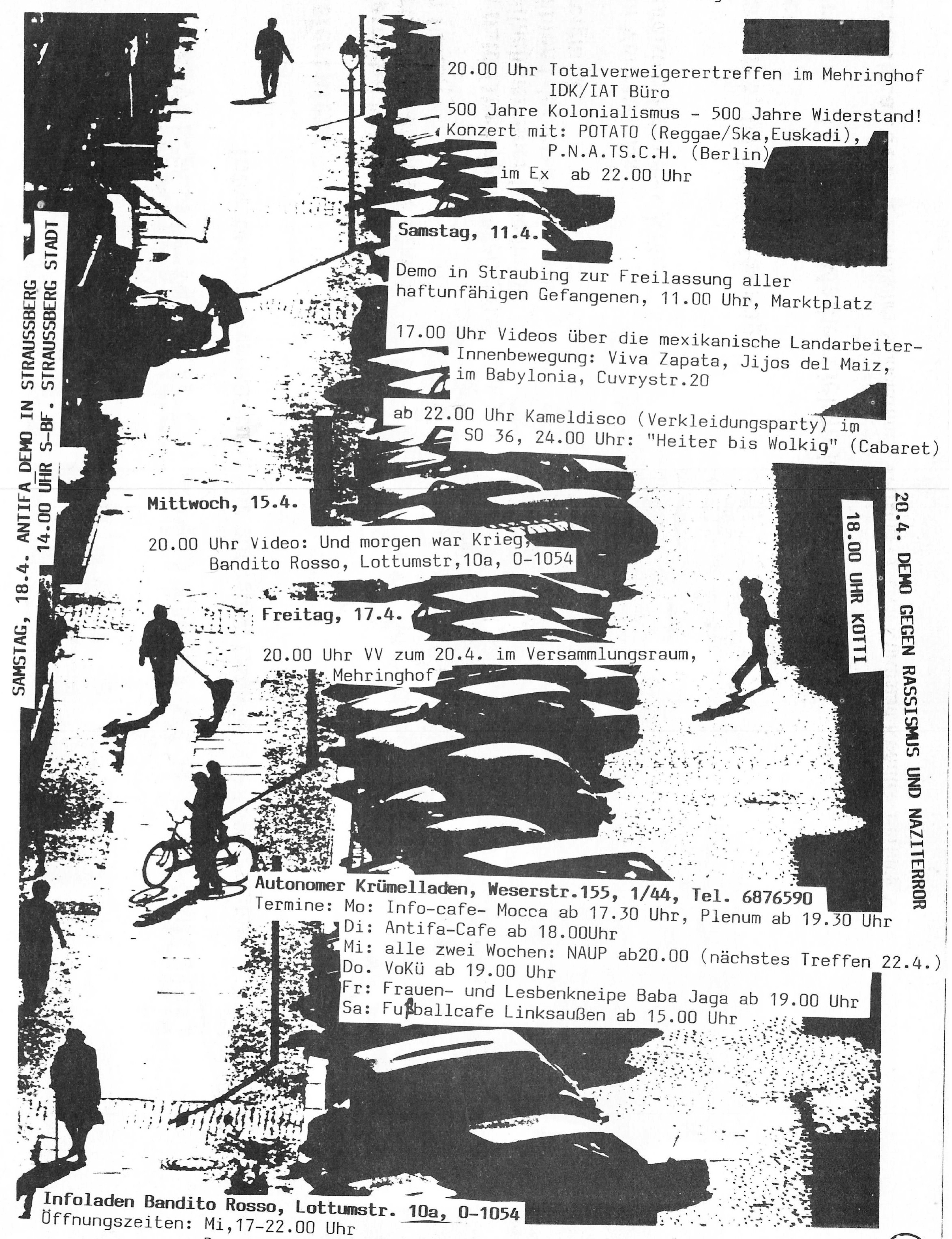
Wir suchen noch Leute, die Plätze freihaben oder Tickets billig verkaufen wollen.

Bitte bis spätestens Samstag, den 11.4.92 melden bei:Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, 1000 Berlin 36 Tel. 612 74 91
Fax: 611 50 21

TERMINE:

Freitag, 10.4.

Kurdistan-Infoveranstaltung



20.00 Uhr Totalverweigerertreffen im Mehringhof
IDK/IAT Büro

500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand!
Konzert mit: POTATO (Reggae/Ska,Euskadi),
P.N.A.TS.C.H. (Berlin)
im Ex ab 22.00 Uhr

Samstag, 11.4.

Demo in Straubing zur Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen, 11.00 Uhr, Marktplatz

17.00 Uhr Videos über die mexikanische Landarbeiter-Innenbewegung: Viva Zapata, Jijos del Maiz, im Babylonia, Cuvrystr.20

ab 22.00 Uhr Kameldisco (Verkleidungsparty) im SO 36, 24.00 Uhr: "Heiter bis Wolkig" (Cabaret)

Mittwoch, 15.4.

20.00 Uhr Video: Und morgen war Krieg,
Bandito Rosso, Lottumstr,10a, 0-1054

Freitag, 17.4.

20.00 Uhr VV zum 20.4. im Versammlungsraum,
Mehringhof

SAMSTAG, 18.4. ANTIFA DEMO IN STRAUSSBERG
14.00 UHR S-BF. STRAUSSBERG STADT

20.4. DEMO GEGEN RASSISMUS UND NAZITERROR
18.00 UHR KOTTI

Autonomer Krümelladen, Weserstr.155, 1/44, Tel. 6876590
Termine: Mo: Info-cafe- Mocca ab 17.30 Uhr, Plenum ab 19.30 Uhr
Di: Antifa-Cafe ab 18.00Uhr
Mi: alle zwei Wochen: NAUP ab20.00 (nächstes Treffen 22.4.)
Do. VoKü ab 19.00 Uhr
Fr: Frauen- und Lesbenkneipe Baba Jaga ab 19.00 Uhr
Sa: Fußballcafe Linksaußen ab 15.00 Uhr

Infoladen Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, 0-1054
Öffnungszeiten: Mi,17-22.00 Uhr
Do, 17-21.00 Uhr
Fr, 19- ultimo

KURDISTAN

ZWISCHEN AUFSTAND UND VÖLKERMORD

Informationsveranstaltung zur aktuellen Lage in Nord- Kurdistan

Referenten:

Hermann Nehls
Teilnehmer einer Delegation
im Juni 91

Ronald Ofteringer (Medico)
Teilnehmer einer Delegation
während der letzten Newroz-
Ereignisse

Ein Vertreter des
Kurdistan Komitees-Köln



Datum : 10.04.92 (Freitag)
Zeit : 18.00 Uhr
Ort : TU-Berlin Mathe- Gebäude Raum: MA 005

Veranstalter : Kurdischer StudentInnen Verband (YXK), Kurdistan Komitee-Berlin e.V